STADTKLOTEN

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

30. Sitzung des Gemeinderats Sitzung der 14. Legislaturperiode vom 02.12.2025

Vorsitz	Ratspräsident	Reto Schindler
Anwesend	Gemeinderat	32 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Christoph Fischbach Kurt Hottinger Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Jacqueline Tanner
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	--
	Stadtrat	--
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 21:40 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsident Reto Schindler eröffnet die 30. Sitzung des Gemeinderats der 14. Legislaturperiode vom 02.12.2025 und stellt die Anwesenheit von 32 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es liegen keine Entschuldigungen von Gemeinderat und Stadtrat vor. Entschuldigt hat sich Bereichsleiter Andreas Stoll.

Traktandenliste

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

1 Protokollgenehmigung
2 Mitteilungen des Gemeinderats
3 Postulat 14242; Max Töpfer, SP; Strategie gegen missbräuchliche Mietzinsen; Begründung und Überweisung
4 Vorlage 8710, Förderverein Hegnerhof; Leistungsvereinbarung 01.01.2026; Genehmigung
5 Vorlage 13865; Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle
6 Budget und Steuerfuss 2026; Abnahme

Protokoll

Kommen wir zum Protokoll. Die Protokolle der Gemeinderatssitzungen vom 02.09.2025 und 30.09.2025 sind allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellt worden. Es gab keine Rückmeldungen und es wurden keine Berichtigungen beantragt. Die Protokolle gelten somit als genehmigt.

0.5.1 Versammlungen / Sitzungen

Mitteilungen des Gemeinderats; 02.12.2025

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zu den Mitteilungen. Heute ist der Anmeldeschluss für die Weiterbildung vom 17. Januar 2026. Ich bitte alle, die sich noch nicht angemeldet haben, das bis morgen nachzuholen. Es ist auch so, dass Jacqueline eine Liste dabei hat. Ihr könnt das am Ende der Sitzung direkt auch noch mit ihr machen. Ich möchte einfach noch einmal betonen, dass es sehr zuvorkommend ist von unserem Referent Patrick Rohr, dass er uns diesen Ersatztermin ermöglicht hat.*
Die Gemeinderatssitzungen können voraussichtlich bis und mit der Julisitzung noch im Schluefwegsaal abgehalten werden. Der definitive Zeitplan ist noch nicht bekannt. Wir machen es einfach so lange, dass es geht. Für die Zeit des Umbaus sind wir in den Abklärungen mit der Schule betreffend der neuen Aula im Nägelimoos.
Gibt es Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Mitteilungen aus dem Stadtrat? Dann kommen wir zu den

02.12.2025 Beschluss Nr. 139-2025

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Postulat 14242; Max Töpfer, SP; Strategie gegen missbräuchliche Mietzinsen; Begründung und Überweisung

Max Töpfer, SP und Mitunterzeichnende haben am 4. November das folgende Postulat eingereicht:

Antrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Mieter:innen durch Information und Beratung seitens der Stadt Kloten vor missbräuchlichen Mietzinsen geschützt werden können. Ziel dieser Massnahmen soll es sein, die Mieter:innen von Kloten dabei zu unterstützen, ihre Rechte mit griffigen Mitteln einzufordern.

Begründung:

Die Situation auf dem Klotener Wohnungsmarkt verschärft sich seit Jahren. Ein treibender Faktor sind die stetig steigenden Angebotsmieten. Zahlen von Wüest & Partner zeigen, dass die Angebotsmieten in Kloten zwischen 2021 und 2024 um rund 16 Prozent gestiegen sind. Das Kalkül der privaten Vermieter:innen ist klar: Kommt es zu einem Mieter:innen-Wechsel, kann die Miete erhöht und damit die Rendite gesteigert werden.

Besonders stossend ist dabei, dass es häufig zu wiederrechtlich hohen Mietzinssteigerungen kommt. Eine Studie zeigt, dass schweizweit Mieter:innen im Jahr 2021 10.4 Milliarden Franken zu viel an Miete bezahlt haben. Leider nehmen Mieter:innen aber viel zu selten ihre Rechte war. Im vergangenen Jahr wurden nicht einmal 0.5 Prozent aller neuen Mietverträge rechtlich überprüft. Zwei wesentliche Gründe dafür sind, dass Mieter:innen nicht ausreichend informiert sind oder sich aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses zu ihren Vermieter:innen nicht trauen, die Anfangsmiete anzufechten. Missbräuchliche und zu hohe Mieten sind darum Normalität. Das grosse Problem dabei ist auch, dass Mieter:innen ihre Rechte nach 30 Tagen nicht mehr einfordern können.

Die Kaufkraft der Bevölkerung ist auch wegen den steigenden Mieten unter Druck. Angesichts der enormen volkswirtschaftlichen Relevanz ist es angezeigt, dass die Stadt Kloten proaktiv gegen spekulative Mietpreissteigerungen vorgeht. Dies könnte beispielsweise durch Abgabe eines Flyers oder einer Broschüre bei einem Wohnungswechsel sein. Auch wäre denkbar, dass die Mitarbeitenden der Einwohner:innen-Kontrolle in Fragen des Mietrechts geschult werden. So können Sie der Bevölkerung Auskunft geben und bei Bedarf an weitere Stellen, wie beispielsweise die Schlichtungsbehörde oder den Mieter:innen-Verband verweisen.

Beschluss:

1. Das Postulat 14242; Max Töpfer, SP; Strategie gegen missbräuchliche Mietzinsen wird mit 13 Ja- zu 19 Nein-Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Reto Schindler: *Postulat 14242; Max Töpfer, SP; Strategie gegen missbräuchliche Mietzinsen; Begründung und Überweisung. Das Postulat wurde am 4. November 2025 eingereicht. Der Ablauf ist folgender: Begründung durch den Postulanten Max Töpfer, dann die Stellungnahme durch den Stadtrat gefolgt von der Diskussion im Gemeinderat und zu Schluss der Beschluss über die Überweisung. Max Töpfer, SP, ich bitte dich um Begründung.*

SP-Fraktion, Max Töpfer: *10,5 Milliarden Franken, Herr Präsident, geschätzte Anwesende, 10,5 Milliarden Franken, so viel haben die Schweizer Mietenden im Jahr 2023 an missbräuchlichen und illegalen Renditen gezahlt. Das sind 10,5 Milliarden Franken, die im Portemonnaie dieser Menschen fehlen. Und das in Zeiten, in denen die Kaufkraft der Bevölkerung zunehmend unter Druck gerät. Diese gigantische Summe macht deutlich, dass auf dem Wohnungsmarkt grundsätzlich etwas schiefläuft. Ein kurzer Exkurs ins Mietrecht zeigt, weshalb. Das Gesetz definiert klar, wie hoch eine Miete sein darf, nämlich basierend auf den Betriebs- und Kapitalkosten der Liegenschaften plus einer gedeckelten Rendite. Laut Bundesgericht darf diese Rendite höchstens 2% über dem hypothekarischen Referenzzinssatz liegen. Würde dieses Recht konsequent angewendet werden, wären die Mieten im Schweizer Durchschnitt heute über 30 Prozent tiefer. Doch die Realität sieht anders aus. Immer mehr private Vermietende halten sich nicht an das Gesetz. Das Kalkül ist klar. Bei einem Wohnungswechsel werden die Mieten häufig widerrechtlich erhöht, um die Rendite zu steigern. Die Leidtragenden sind jene Menschen, die auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind. Auch in Kloten sehen wir diese Entwicklung. Zwischen 2021 und 2024 stiegen die Angebotsmieten um rund 16%. Das Kernproblem ist, dass Mietende ihre Rechte selbst durchsetzen müssen. Und viele tun das nicht. Aus Unwissen und aus Angst vor Konsequenzen. Schweizweit wurden letztes Jahr weniger als 0,5 Prozent aller neuen Mietverträge rechtlich überprüft. Das passt auch zum Bild, das wir aus Kloten erhalten haben. In der Wohnumfrage der SP Kloten vom vergangenen Mai, an der rund 1000 Personen teilgenommen haben, gaben 43 Prozent an, nicht zu wissen, dass sie den Anfangsmietzins innerhalb von 30 Tagen anfechten können. Und 56 Prozent wünschen sich, dass die Stadt eine aktivere Rolle bei der Information der Mietenden übernimmt. Genau hier setzt unser Postulat an. Die Stadt ist beim Wohnungswechsel sowieso im Kontakt mit der Bevölkerung. Diese Schnittstelle ist eine einfache, kostengünstige und sehr wirkungsvolle Gelegenheit, Mieterinnen über ihre Rechte zu informieren, zum Beispiel mittels eines Flyers mit den wichtigsten Hinweisen und den Kontaktdaten der zuständigen Stellen wie der Schlichtungsbehörde oder dem Mieterinnen- und Mieterverband. Zudem könnte geprüft werden, ob Mitarbeitende der Einwohnerkontrolle grundlegend im Mietrecht geschult werden können, um einfache Auskünfte zu geben und die Menschen korrekt an die richtigen Stellen weiterzuleiten. Damit schaffen wir Bewusstsein für missbräuchliche Mieten. Wir stärken damit jene, die ihre Rechte heute kaum wahrnehmen. Denn eins ist klar, Vermietende, insbesondere grosse Immobiliengesellschaften, kennen das Recht und nutzen die Schlupflöcher aus. Ich bitte euch deshalb, dieses Postulat zu unterstützen. Die Mehrheit der Klotener:innen sind Mietende. Die steigenden Mieten belasten ihr Portemonnaie immer stärker. Mit diesem Vorstoss machen wir einen kleinen, aber wichtigen Schritt, um ihnen den Zugang zu ihren Rechten zu erleichtern und leisten einen Beitrag, um die Miet-Explosion zu stoppen. Vielen Dank.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Max Töpfer für deine Begründung. Ich frage den zuständigen Ressortleiter Kurt Hottinger, ob der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und die Auskunft innerhalb von sechs Monaten zu erteilen.*

Stadtpräsident, René Huber: *Herr Präsident, geschätzte Anwesende, das Geschäft hat man mir zugeteilt. Ich habe vielleicht nicht die Botschaft, die alle hier hören möchten. Der Stadtrat verurteilt missbräuchliche Mietzinsen auf Schärfste. Aber trotzdem ist er nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Begründung: Es ist schlicht nicht möglich, auf kommunaler Ebene eine Stelle aufzubauen, die Mieterinnen und Mieter vor missbräuchlichem Mietzins mit griffigen Mitteln, wie es im Postulat gefordert wird, schützt. Da würden wir ein Versprechen abgeben, das wir nicht einhalten könnten. Uns fehlen dazu schlichtweg die Mittel und vor allem auch die Erfahrung und das fachliche Know-how. Die betroffenen Menschen können aber bereits heute auf ausgezeichnetes Fachwissen zurückgreifen. Institutionen wie der Mieterverband Schweiz und der Mieterverband des Kantons Zürich bieten rechtliche Beratungen an. Sie unterstützen betroffene Mieterinnen bei Konflikten mit den Vermietern. Und dann gibt es ja auch noch die kantonalen Schlichtungsbehörden mit dem Ziel, Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern ohne Gerichtsverfahren zu lösen. Diese Stellen haben grosse Erfahrung in der Beurteilung, ob Mietzinsen missbräuchlich sind und bieten eine Plattform für Gespräche. In diesen Organisationen sind unsere Bewohnerinnen und Bewohner viel besser aufgehoben als bei einer stadtinternen Stelle, die in der Praxis nicht aus dem Vollen Schöpfen kann und ein zahnloses Instrument bleiben wird.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals René Huber und Entschuldigung im Namen der Ratsleitung wegen der Zuständigkeit. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Erkam Dagli, FDP.*

FDP-Fraktion, Erkam Dagli: *Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Vorstoss ist kein Beitrag zur Lösung des Problems, sondern Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Er unterstellt, dass Menschen ihre Verträge nicht verstehen, ihre Rechte nicht kennen und vor allem ohne staatliche Anleitung nicht handlungsfähig sind. Dieses paternalistische Menschenbild lehnt die FDP-Kloten ab. Wir stehen für mündige, selbstverantwortliche Bürgerinnen und Bürger. Das Mietrecht ist Bundesrecht, das hat einen guten Grund. Private Vertragsverhältnisse sollen nicht durch kommunale Politik politisiert oder verzerrt werden. Wenn die Stadt anfängt, einseitig in Vertragsverhältnisse hineinzuberaten, verlässt sie ihre Rolle als neutrale Verwaltung. Was heute als Flyer angekündigt wird, ist morgen eine neue Beratungsstelle und übermorgen neue Stellenprozente. So wächst die Bürokratie, die Kosten steigen und niemandem ist wirklich geholfen. Besonders problematisch in diesem Postulat ist meines Erachtens die inhaltliche Basis. Woher stammt zum Beispiel die Zahl, dass im vergangenen Jahr nicht einmal 0,5% von allen Mietverträgen rechtlich überprüft worden sind? Und welche Studie belegt, dass Mieterinnen und Mieter 10,4 Milliarden im Postulat und 10,5 im Speech zu viel an Miete gezahlt haben? Habt ihr diese Zahlen vielleicht auch mit eurer nicht repräsentativen Facebook-Umfrage für die Vitrine erhoben? Oder ist eure Quelle einfach vielleicht Jacqueline Badran? Das Postulat ist mit Zahlen versehen, wo die herkommende Aussagekraft nicht sauber offengelegt wird. Nur beim Anstieg der Angebotsmiete wird belegt, dass die von Wüst und Partner stammt. Hier ist aber zu erwähnen, dass genau die Politik von Links-Grün mit ihrer Vorliebe für zusätzliche Vorschriften den Anstieg der Mietkosten mit verursacht hat. Bei seriöser Recherche hättet ihr herausgefunden, dass die*

aktuelle Zahl von Neueingängen bei Schlichtungsverfahren im Miet- und Pachtrecht gemäss der Medienmitteilung vom Bundesamt für Wohnungswesen vom 28. Oktober 2025, also knapp eine Woche, ein bisschen mehr als eine Woche vor dem Einreichen des Postulats, schweizweit angestiegen ist. Es braucht offenbar keinen Flyer, keine neue Stelle, keinen Ausbau der Verwaltung, keine politische Begleitberatung. Es bestehen bereits heute sehr gut funktionierende Strukturen, René hat es erwähnt, und offenbar wissen die Betroffenen, wo sie sich melden müssen, wie die Zahlen belegen. Zum Schluss noch. Ich mag mich noch erinnern, wie an der Gemeinderatssitzung auf dem Stadtplatz gegenüber der FDP moniert worden ist, dass Wohnthemen in die Begleitgruppe Wohnraum gehören. Darum, liebe Max als Postulant und liebe Diana als Unterzeichnerin, ihr seid beides Mitglieder dieser Begleitgruppe. Überprüft doch nochmals kritisch eure Quellen, testet einmal im Internet, auf Google oder Chat-GPT, wie schnell man an sehr gute und einfache Informationen kommt, was Recht und Pflicht im Mietverhältnis anbelangt und bringen doch ausgereifte und tragfähige Vorschläge in die Begleitgruppen, damit wir diese Themen im vorgesehenen Gremium ausgiebig diskutieren können. Die FDP lehnt aus den genannten Gründen das Postulat Einstimmung ab. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Erkam Dagli. Gibt es weitere Wortmeldungen? Jennifer Murati, Mitte.*

Die Mitte Fraktion, Jennifer Murati: *Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder, sehr geehrte Ratsleitung, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats und Publikum auf den Plätzen. Ich möchte auch etwas zum Postulat von Max Töpfer sagen. Ich bin seit über zehn Jahren Immobilienbewirtschafterin mit einem eidgenössischen Titel. Mietrecht ist sehr, sehr wichtig. Ja, ein Konstrukt, das man lernen muss, das kann nicht jeder am Telefon beantworten. Da gebe ich euch recht. Aber da kann nicht einfach schnell jemand von der Stadt Kloten am Telefon Auskunft geben. Mietrecht wird gelernt. Mietrecht ist kompliziert und muss studiert werden, so wie ich das gemacht habe. Tagtäglich zeige ich Schülerinnen und Schülern, wie das Mietrecht funktioniert, denn ich bin Dozentin für die neuen, angehenden Immobilienbewirtschaftenden. Und das Thema der Mitteilung des Anfangsmietzinses, ist ein sehr wichtiges Thema für jeden angehenden Immobilienbewirtschaftenden. Ich habe hier den Ausdruck des Anfangsmietzinsformulars. Jeder, der das anschauen möchte, darf später gerne zu mir kommen. Das ist sehr einfach gehalten. Man sieht ganz gut, was ist der frühere Mietzins, was ist der neue Mietzins. Und auch hier, überall wird es unterschrieben. Mit jedem Mietvertrag wird das mitgeschickt. Jeder Mieter sowie Ehepartner oder WG-Mitglied unterschreibt das und sieht, wie er vorgehen muss, wenn er nicht einverstanden ist. Hier ist die Rechtsmittelbelehrung. Auf der Rechtsmittelbelehrung wird in einem ganz einfachen Text und Kontext erklärt, wie ein Mieter vorgehen darf. Ich glaube, viel einfacher kann man es nicht mehr machen. Und das sind amtliche Blätter, die jeder Mietvertrag verpflichtet ist, mitzuschicken. Auch jeder Bewirtschafter, wenn ein Mieter anruft oder eine Frage hat, ist verpflichtet, über dieses Formular Auskunft zu geben. Das war der erste Punkt von Max. Der zweite war die Konsequenz, dass Mieter Angst haben, dass ihnen gekündigt wird oder dass man Angst bekommt. Das geht nämlich nicht, weil, wenn ein Mieter vor die Schlichtungsbehörde geht, dann gibt es nämlich eine Schonfrist von zwei, drei Jahren, dann kann der Vermieter nämlich nicht kündigen. Also, auch dort, das Argument, dass ein Mieter Angst haben muss, das zieht nicht. Weil wie erwähnt, wenn ein Mieter vor die Schlichtungsbehörde geht, hat er automatisch eine Frist und dann kann man nämlich einem Mieter nicht kündigen, weil es eine Sperrfrist gibt. Also auch hier kann ich das leider aus meinem Alltag*

nicht unterstützen. Aus diesem Grund möchte ich mit der Fraktion das Postulat nicht unterstützen. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Jennifer Murati. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Diana Diaz, Grüne.*

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: *Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, wir haben es von Max Töpfer gehört, die Mietpreise steigen Jahr für Jahr deutlich an. Und um auf den Kontext von Kloten einzugehen, wir haben es gehört, die Zahlen von Wüst und Partner zeigen, dass diese im Schnitt 16% gestiegen sind seit 2021. 16%, das muss man sich einfach mal kurz vorstellen. Ein Rechenbeispiel, um das zu verdeutlichen. Wenn man eine 4-Zimmer-Wohnung hatte, 2021, für 2'000 Franken, würde man mit dieser 16-Prozent-Steigerung heute 2'320 Franken zahlen. Das ist eine Preissteigerung von 300 Franken für die exakt gleiche Wohnung. Besonders stossend dabei ist, wie wir gehört haben, dass viele von diesen Erhöhungen rechtswidrig sind und trotzdem kaum angefochten werden. Und da könnte das Postulat ansetzen. Wir haben mögliche Handlungsoptionen gehört und mit denen könnte die Stadt einerseits Wissenslücken, die schon bestehen, schliessen und andererseits Mieter:Innen die Angst nehmen, den Mietzins anzufechten und ihre Rechte wahrzunehmen. Ich stimme zu, dass man keine Angst haben müsste, aber viele wissen das nicht. Und das ist schon wichtig, dass man diese Angst ernst nimmt und auch diese Wissensvermittlung machen kann. Darum, mit überschaubarem Aufwand und nicht zwingend mit einer neuen Stelle, wie das von verschiedenen Seiten behauptet worden ist, könnte man so einen Mehrwert schaffen. Darum unterstützen wir von der Grünen Fraktion das Postulat ganz klar. Danke für die Aufmerksamkeit.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Claudia Wäger, SVP.*

Geehrte Ratsleitung, Stadtrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geehrte Anwesende. Auch wir sehen die steigenden Mieten als ernstes Problem. Daran gibt es keinen Zweifel. Doch eure Forderungen nach einer zusätzlichen städtischen Anlaufstelle schiessen am Ziel vorbei. Wie René Huber gesagt hat, gibt es schon den Mieterverband und den Schweizerischer Mieterschutz. Dort bekommen die Bewohner schnell Unterstützung über. Warum also eine Einwohnerkontrolle zusätzlich belasten oder Steuergelder für Broschüren ausgeben, deren Inhalt man in einer Sekunde im Internet finden kann. Ihr wisst, wir können solche Vorstösse nicht unterstützen. Darum drängt sich bei mir der Eindruck auf, dass es weniger um die Sache geht, sondern vielmehr darum, den bürgerlichen Parteien mangelndes Engagement im Wohnungsproblem zu unterstellen. Sigi, du schreibst in deiner Kolumne, ihr würdet seit vier bis fünf Jahren Anliegen für bezahlbaren Wohnraum einbringen, um von uns Bürgerlichen immer überstimmt zu werden. Sind das Anliegen wie die Wohninitiativen, die ihr habt, die bei Aufzohnungen 50% und bei Umzohnungen 25% preisgünstigen Wohnraum vorschreiben möchte? Genau da zeigen die Fakten, was wir Bürgerlichen schon lange sagen. Die aktuelle Studie "staatliche Eingriffe hemmen den Wohnungsbau", die die Fachhochschule Nordwestschweiz in Genf gemacht hat, bestätigt genau das. Staatliche Eingriffe hemmen den Wohnungsbau und die Investoren gehen auf bestehende Gebäude, sanieren diese und so steigen auch dort die Mieten. Oder nehmen wir das von euch immer gepriesene genossenschaftliche Bauen. Auch dort zeigt sich, am Beispiel Sonnhalde, günstig ist auch das nicht mehr. Selbst Genossenschaften können heute nicht mehr wirklich günstig bauen. Und warum das? Das müsstet ihr euch selbst

auch einmal fragen. Mit der Kulturinitiative habt ihr das Bauland verteuert und das von uns vorangetriebenen Energiegesetz erhöht Baukosten. Dank Daniel Körner seiner Interpellation 13916 kann man das dort schwarz auf weiss nachlesen. Und ich habe das Gefühl, dass ein paar von euch das übersehen haben. Darum möchte ich euch das mal vorlesen. In der Antwort 1 heisst es: "inwieweit sich Bauvorschriften auf die Preise auswirken, ist vom jeweiligen Objekt abhängig und lässt sich nicht exakt beziffern. Strengere Vorschriften, zum Beispiel im Bereich Barrierefreiheit, ökologischer Nachhaltigkeit, verteuern zwar den Bau. Hinzu kommt aber, dass auf Grund steigender Ansprüche auch der Ausbaustandart angehoben wird, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Baukosten neu erstellter Wohnungen." Antwort 2: "Wie oben erwähnt, ist eine exakte Bezifferung der Auswirkungen von gesetzlichen Anforderungen nicht möglich. Unbestritten bleibt, dass ein Einfluss vorhanden ist." Antwort 3: "Der Stadtrat erkennt den Zielkonflikt zwischen wünschenswerten Qualitätsforderungen und einem ökologischen Baustandard und hochwertiger Gestaltung und dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnen. Insbesondere in der Anfangsphase können höhere Anforderungen an die Bauqualität die Preise erhöhen und damit den Zugang zu preisgünstigem Wohnraum erschweren." Darum bitte, hört auf, der Bevölkerung weiss zu machen, wir Bürgerlichen sind für das Wohnungsproblem verantwortlich. An diesem Schlamassel tragen mehrere Seiten die Verantwortung. Und genau darum sollten wir jetzt gemeinsam nach Lösungen suchen. Wir sitzen zusammen in der Wohnraumstrategiegruppe und dort müssen wir echte, wirksame Lösungen gemeinsam finden. Ohne Symbolpolitik, ohne künstliche Schuldzuweisungen. Gefragt sind Kompromisse. Das Wohnungsproblem ist real, das wissen alle hier von links bis rechts. Umso wichtiger ist es jetzt, auf wirksame Massnahmen zu setzen, statt auf politische Schaufensterprojekte. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke, Claudio Wäger. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? André Käser, GLP.*

GLP-Fraktion, André Käser: *Herr Präsident, geschätzte Anwesende, liebe Gäste auf der Tribüne, danke René für deine klaren Worte zu ungerechtfertigten Mietzinsen. Ich habe dieser Diskussion interessiert gefolgt. Ich bin natürlich total beeindruckt Erkam, dass du die Gesetze von Bund und Kanton alle auswendig kennst und weisst, was dort drinsteht. Jennifer hat uns eindrücklich dargelegt, wie komplex das Mietrecht genau ist. Max, danke für das Postulat. Ich ganz persönlich bin sehr froh, dass das Thema Wohnen auch trotz der neuen geschaffenen Kommission weiterhin im Rat diskutiert werden kann. Aus unserer Sicht ist eine bessere Information von der Bevölkerung über ihre Rechte im Mietrecht ein sinnvoller Ansatz. Wir finden es absolut prüfenswert, den Leuten zum Beispiel einen Flyer mit den wichtigsten Informationen abzugeben, wenn sie zuziehen oder umziehen. Eine einfache Information auf einem Flyer ist aus unserer Sicht völlig unproblematisch. Wir haben keine Angst vor gut informierten Einwohnerinnen und Einwohnern. Und eben, wir sind im Bereich der Information, vielleicht mit einem Flyer, wo man den Leuten abgeht, wo das Wichtigste draufsteht. Ich habe das Mietrecht nicht studiert, ich weiss nicht so genau Bescheid. Darum können wir Grünliberale das Postulat so weit unterstützen, dass das geprüft wird. Danke.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals André Käse. Gibt es weitere Wortmeldungen? Max Töpfer, SP.*

SP-Fraktion, Max Töpfer: *Herr Präsident, geschätzte Anwesende, ich möchte mich an dieser Stelle einfach gegen einen Vorwurf von Erkam wehren, dass wir da einfach so*

unsaubere Zahlen verwendet haben. Die Zahl mit den 10,5 Milliarden Franken an illegalen Renditen und illegalen Mieten, die gezahlt werden, die stammt von einer Studie des Büro BAS aus Bern im Auftrag des Mieterinnen- und Mieterverbandes und die Zahl mit den 0,5 Prozent der Mietverträge, die überhaupt rechtlich überprüft werden, das ist übrigens auch eine Zahl vom Bundesamt für Wohnungswesen, in absoluten Zahlen sind es glaube ich so, ich habe es vorher nochmal nachgeschaut, es sind insgesamt glaube ich letztes Jahr 240'000 Mietverhältnisse eingegangen worden und 1'200 davon wurden rechtlich überprüft. Ich fasse die Debatte einfach mal so zusammen, vor allem von dieser Seite des Rates, ist man eigentlich der Meinung, die Bevölkerung sollte gar nicht gut informiert sein über dieses Mietrecht, weil dann können Immobiliengesellschaften, dann können private Vermietende möglichst illegale Renditen verlangen. Wir sehen es, würde das Mietrecht eigentlich wirklich genau so angewendet werden, wie es wäre, dann wären die Mieten eigentlich gesunken mit dem hypothekarischen Referenzzinssatz. Aber das ist ja nicht der Fall, stattdessen zahlen die Leute zu viel Miete und ja, das wäre es eigentlich schon gewesen. Dankeschön.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Max Töpfer. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer das Postulat 14242 an den Stadtrat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen. Wer das Postulat 14242 nicht an den Stadtrat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen. Gibt es Enthaltungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Das Postulat wird mit 19 zu 13 Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.*

02.12.2025 Beschluss Nr. 140-2025

3.0.5 Kulturförderung

Förderverein Hegnerhof; Leistungsvereinbarung 01.01.2026; Genehmigung

Ausgangslage

Der Hegnerhof ist nach 15 Jahren seines Bestehens als städtisch verankertes Kultur-, Sozial- und Umweltbildungsprojekt einzuschätzen. Die 2009 entworfene Vision wird weiterhin verfolgt, ganz im Sinne von «Kloten verbindet Menschen – Orte – Potenziale und schafft damit ein eigenes Wir-Gefühl».

Ziel ist es, die bisherige solide Aufbauarbeit in ein längerfristiges Bestehen des Hegnerhofs zu überführen und damit eine gewisse Planungssicherheit für die Zukunft zu schaffen. Voraussetzung für die Zielerreichung sind finanzielle Beiträge der Stadt Kloten und der Fachstelle Kultur des Kantons Zürich.
Beiträge von Stiftungen können aus dieser Position heraus zudem leichter gewonnen werden. Finanzielle Beiträge dienen der Fortführung des interdisziplinären, gemeinschaftlich ausgerichteten Kultur-, Umwelt- und Bildungsprogramms des Hegnerhofs, welches eingebunden ist in einen Betrieb, der sehr unterschiedlichen, auch bildungsfernen Anspruchsgruppen dient.

Im Jahr 2023 lehnte der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 4. April 2023 (Beschluss 80-23) die vorgeschlagene Leistungsvereinbarung mit dem Förderverein Hegnerhof ab. Die Ablehnung stützte sich im Wesentlichen auf vier Punkte:

1. **Fehlende übergeordnete Strategie**
2. **Messbarkeit der Leistungen sowie formelle Aspekte**
3. **Schärfung Angebots Profil**
4. **Verflechtung Personen/Interessen**

Die Angebote des Hegnerhofs sind nach wie vor vielfältig und ein fester Bestandteil im Quartier. Für den nötigen weiteren Professionalisierungsschritt fehlen dem Verein weiterhin finanzielle Ressourcen, um diesen unabdingbaren Entwicklungsschritt zu machen. Darum hat sich der Hegnerhof die Voten aus dem Gemeinderat zu Herzen genommen, entsprechende Änderungen vorgenommen und sich erneut mit einer Unterstützungsanfrage an die Stadt Kloten gewandt.

Weiterentwicklung Partnerschaft Stadt Kloten und Förderverein Hegnerhof gemäss Kritikpunkten aus dem Gemeinderat

Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen und Inhalte der angestrebten Leistungsvereinbarung, wie sie 2023 vorgelegt wurde, wesentlich verändert. Der Hegnerhof hat sich die Kritikpunkte des Gemeinderates zu Herzen genommen und ist diese Punkte in seiner Weiterentwicklung gemeinsam mit der Stadt Kloten gezielt angegangen. So kann der Hegnerhof nun in eine übergeordnete Raum- und Quartierstrategie eingebettet werden, die verlangten Leistungen wurden mit konkret messbaren Leistungsindikatoren unterlegt, das Profil des Hegnerhof wurde geschärft und die personelle Verflechtung wurde gezielt aufgelöst. Im Gesamtkontext präsentiert sich der Förderverein Hegnerhof nun als nicht wegzudenkenden Akteur in der Kulturszene von Kloten und bietet der Stadt Kloten somit ein breit gefächertes und umfangreiches Angebot

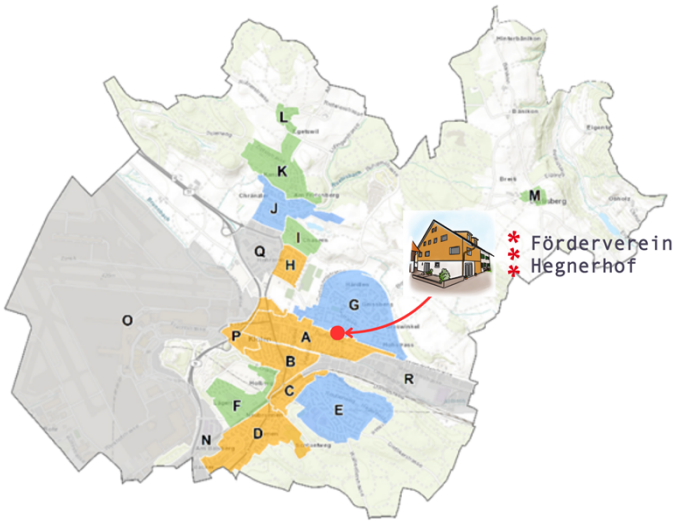
für die Bevölkerung. Folgend findet sich eine Übersicht über die Kritikpunkte und die entsprechenden Veränderungen, welche seit 2025 stattgefunden haben.

Fehlende übergeordnete Strategie

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung das Fehlen einer übergeordneten Strategie kritisiert. So gäbe es in Kloten diverse Anbieter mit ähnlichen Angeboten (hauptsächlich Szene Kloten und VFK), die in einem Konkurrenzverhältnis stünden. Eine Übergeordnete Strategie bringt Entflechtung und gegenseitige Absprachen ergänzen gezielt die Angebote.

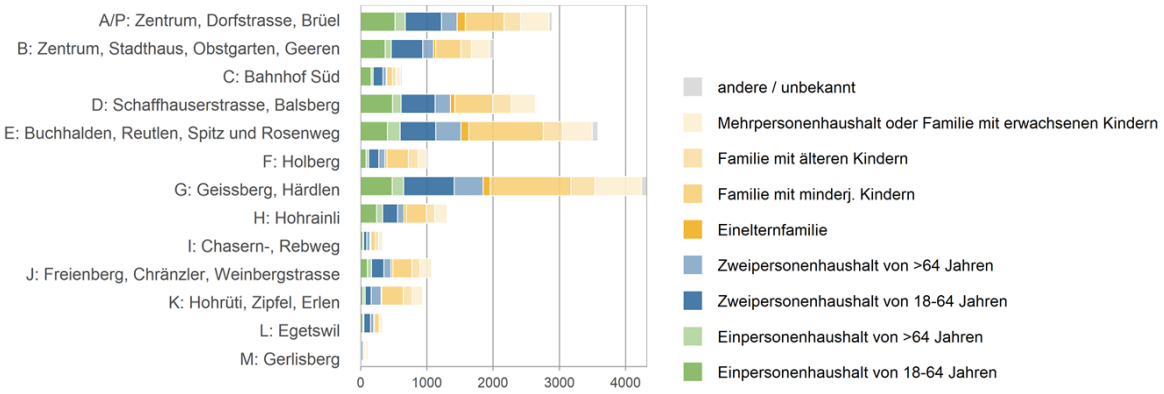
Stadt- und Quartiersentwicklung

Die Stadt Kloten setzt auf eine aktive und qualitätsvolle Innenentwicklung. Im Stadtzentrum ist die bauliche Erneuerung schon weit fortgeschritten. In den Quartieren wird der überalterte Gebäudebestand in den nächsten 20 Jahren weiter ersetzt werden. Die baulichen und sozialen Veränderungen werden alle 5 Jahre mit einem Sozialraummonitoring dokumentiert. Dabei wurde die soziale Abwärtsspirale im Quartier H) Hohrainli erkannt und Gegenmassnahmen ergriffen - es entstand zum Beispiel als sozialer Treffpunkt der GartenPark Hohrainli für das Quartier, welches rund 1'300 Bewohner umfasst. Das Quartier G) Geissberg/Härdlen ist mit seinen rund 4'300 Bewohner/innen das bevölkerungsreichste Quartier in der Stadt Kloten. Der Anteil an Familien ist im Gebiet sehr hoch (siehe Tab. untenstehend). Gegenüber anderen Quartieren ist es bezüglich sozialer Treffpunkt und öffentlicher Einrichtungen unterversorgt. Der Hegnerhof strahlt stark ins Quartier A), H) und G) und in angrenzende Quartiere aus und hat damit ein direktes Einzugsgebiet von rund 8'000 Bewohner/innen. Die Aktivitäten im Hegnerhof wirken stabilisierend auf die aktuelle und zukünftige soziale Quartierentwicklung.



A: Zentrum, Dorfstrasse
B: Zentrum, Stadthaus, Obstgarten, Geeren
C: Bahnhof Süd
D: Schaffhauserstrasse, Balsberg
E: Buchhalden, Reutlen, Spitz und Rosenweg
F: Holberg
G: Geissberg, Härdlen
H: Hohrainli
I: Chasern-, Rebweg
J: Freienberg, Chränzler, Weinbergstrasse
K: Hohrüti, Zipfel, Erlen
L: Egetswil
M: Gerlisberg
N: ohne Namen
O: Flughafen
P: Brüel
Q: Kaserne
R: Gewerbe, Industrie

Abb: Quartiereinteilung gemäss Sozialraummonitoring 2023



Tab.: Personenanzahl nach Altersgruppe und Wohnform gemäss Sozialraummonitoring 2023

Kulturraum Strategie
Die Stadt Kloten hat im zweiten Quartal 2025 mit der Erarbeitung einer Kulturraumstrategie begonnen. Ziel des laufenden Prozesses ist es, bestehende und künftige kulturelle Räume systematisch zu erfassen, strategisch weiterzuentwickeln und gezielt zu fördern.

Bereits im Rahmen der Voranalysen und ersten Erhebungen zeigt sich, dass der Hegnerhof in mehrfacher Hinsicht der Erfüllung sowohl Sozialer wie auch kultureller Bedürfnisse entspricht – insbesondere in den Bereichen Identitätsstiftung, Soziale Bedürfnisse, kreativer Freiraum, Bildungsbestreben und emotionalem Bedürfnis engagiert sich der Hegnerhof mehrfach.

Die vorliegende Leistungsvereinbarung versteht sich deshalb nicht als Vorwegnahme der Kulturraumstrategie, sondern als deren erste konkrete Umsetzung. Sie sichert bewährte Strukturen, adressiert erkennbare Handlungsbedürfnisse und ist vollständig kompatibel mit den übergeordneten kulturpolitischen Zielen der Stadt Kloten.



Klotener Kulturräume nach Bedürfnissen und Angeboten, Stand 19.06.2025

Messbarkeit der Leistungen sowie formelle Aspekte

Die Leistungsvereinbarung beinhaltet neu klar definierte Ziele inklusive messbaren Leistungsindikatoren, welche jährlich im Rahmen eines Jahresberichtes eingereicht werden müssen. So ist die Einordnung über die Erfüllung der Ziele und die messbare Entwicklung des Hegnerhofs sichergestellt und die Stadt Kloten behält einen klaren Überblick über die erbrachten Leistungen.

Leistungsindikatoren

Die Leistungsindikatoren machen das Angebot des Hegnerhofs transparent und überprüfbar. Daraus ergeben sich die Grundlagen für das Berichtwesen bzw. die regelmässigen Rapporte. Der Hegnerhof verfasst jährlich (z.Hd. der Stadt Kloten) einen Jahresbericht. Der Jahresbericht ist der Stadt Kloten unaufgefordert jeweils nach der Mitgliederversammlung zur Verfügung zu stellen. Der Jahresbericht beinhaltet quantitative Angaben gemäss Zielsetzung, eine qualitative Einschätzung des Verlaufs des abgeschlossenen Jahres sowie einen Ausblick auf die kommende Berichtsperiode. Im Rahmen des Berichtswesens ist insbesondere auch jährlich darzulegen, wie und in welchem Rahmen die Pflichten des Vereins wahrgenommen wurden und ob und wie die Vorgaben der Stadt Kloten (gem. vorliegender Leistungsvereinbarung) umgesetzt wurden.

Ziel	**Indikator**
Förderung kultureller Teilhabe für die Bevölkerung	- Anzahl durchgeführter öffentlicher Veranstaltungen - Anzahl Auftritts- oder Präsentationsmöglichkeiten für Kulturschaffende - Besucher/innenzahlen nach Veranstaltungsformat und nach Altersgruppen - Anteil Veranstaltungen mit freiem oder reduziertem Eintritt (z.B. KulturLegi)
Öffentlichkeitsarbeit	- Aktive Medienarbeit - Präsenz in Veranstaltungskalender und Kulturagenda - Sichtbarkeit der eigenen Angebote durch Drucksachen und digitale Präsenz
Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Bildung	- Anzahl Umwelt- und Bildungsprojekte pro Jahr - Auslastung der Räume *Ifahr, Kursraum* und *Les Cafés* - Nachweis institutionalisierter Zusammenarbeit mit relevanten Akteur/innen
Vernetzung und Zusammenarbeit mit lokalen Akteur/innen	- Partnerschaften und Kooperationen mit lokalen Akteur/innen (VFK, Szene Kloten, Musiknetz, freiwillig@kloten, Naturschutzverein) - Teilnahme an städtischen Kultur- oder Netzwerkanlässen
Inklusion	- Bericht über Massnahmen zur Inklusion und Barrierefreiheit
Förderung Soziales Engagement	- Anzahl freiwilliger Arbeitsstunden
Nachhaltige Verankerung als Quartiertreffpunkt	- Anzahl und Art von Projekten für lokales Engagement (z.B. Tag der Nachbarschaft, Gemeinschaftsgarten)

Schärfung Angebots Profil

Der Passus zur Arbeitsintegration wurde im neuen Vertragsentwurf angepasst und entschärft. Neu ist keine direkte Zusammenarbeit mit dem Sozialamt mehr vorausgesetzt. Stattdessen wird ein allgemeiner sozialer Beitrag im Sinne niederschwelliger und

integrativer Angebote erwartet, was der Realität und den Ressourcen des Vereins besser entspricht.
An der Gemeinderatssitzung wurde zudem gefragt, ob es eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Angebotspartnern gibt.
Das ist der Fall. Die drei Vereine Förderverein Hegnerhof, VFK Vereinigung Freizeit Kloten sowie der Kulturverein Szene Kloten sind im gegenseitigen regelmässigen Austausch. Programminhalte und Termine werden miteinander abgestimmt.

Konkurrenz und Profile der Anbieter

Austausch Freiwillig@Kloten / Hegnerhof
- Der Hegnerhof nutzt die digitale Plattform Freiwillig@Kloten (z.B. Mittwochcafé)
- Der Stammtisch Freiwillig@Kloten findet 3 – 4 Mal jährlich im Les Cafés statt
- Gegenseitige Vereinsmitgliedschaften

Austausch VFK / Hegnerhof:
- Je zwei Kursangebote werden in gegenseitigem Austausch ins Jahresprogramm aufgenommen.
- Zusammenarbeit bei Spieltag und Stadtfest
- 1 Sommerferienangebot im Hegnerhof
- Der Hegnerhof bietet Modellierwerkstatt mit Brennofen (beim VFK abgeschafft)
- Gegenseitige Vereinsmitgliedschaften

Austausch Szene / Hegnerhof:
- Historisches Archiv Klöti im Sitzungszimmer Hegnerhof in Ergänzung zum Büchelerhus
- Zusammenarbeit Externe Führungen Historisches Kloten
- Austausch via Daniel Neukom, der in beiden Vereinen im Vorstand ist
- Zukünftige Mitarbeit bei der digitalen Chronik (Leitung Szene Kloten)
- Postkarten-Verkauf des Büchelerhus im Les Cafés

Übersicht Abstimmung Programme von weiteren Akteuren in Kloten:

	Hegnerhof	**Szene Kloten**	**VFK**
Treffpunkt und Kulturraum	- Café zeitlos am SaVo - Café am Mittwoch, MiNa - Offen bei speziellen Anlässen (Theater, Spielnachmittag, Philo-Café) - Werktags für Büroleute, Schule, Gartenhausbewohner PL - Gesprächsrunde am SoAbend - Vermietung von Räumen für private Veranstaltungen, Institutionen & Feiern, - für Seminare und Kurse	- Bar-Angebot, wenn Programm ist (3 Mal im Monat) - Museums-Café (jeweils während Öffnungszeiten des Ortsmuseums, erster Sonntag im Monat, 14-17 Uhr, April - Oktober - Lilians Bar - Vermietung von Räumen für private Veranstaltungen & Feiern	- Vermietung von Räumen für Vereine und Kurse
Erwachsenen-bildung	- Kursangebote (Yoga, Pilates, Tanz, Gestaltungskurse, Keramikworkshop,	- Orts- und kulturgeschichtliche Führungen im Ortsmuseum	- Wöchentlicher Yogakurs - Div. Einzelkurse

	Offenes Atelier für Erw.) - Vorträge (Umwelt, Gesundheit, Historisches Kloten) - Seminare (externe Anbieter)	- Themenbezogene Sonderausstellungen im Ortsmuseum	
Kultur-programm	Ja, selbst kuratiert (für Erwachsene, Jugendliche und für Kinder)	- Programm für alle Altersklassen (Konzerte, Theater, Kunstausstellungen, Literaturlesungen) - Betrieb und Weiterentwicklung des Ortsmuseums - Schwerpunkt lokale/regionale Künstler/innen, die sonst kaum Auftritts-/Ausstellungsmöglichkeiten finden	- Open Air Kino in der Badi - Kerzenziehen
Kinder-programm	- Gestaltungsschule, SaVo - Malatelier MiNAa - Bühnenworkshop	- Konzerte mit Schülerbands (in Zusammenarbeit mit der Musikschule Region Flughafen) - Improtheater für Kinder - Lernprogramme und Führungen für Schulklassen im Ortsmuseum	- Ferienaktionen - Spielgruppe (Mo – Mi) - Geschichtentreff - Spieltreff Chloote - Bau&SpielRaum im Hohrainli - Frühlingslager - Div. Veranstaltungen (Spieltag, Kürbisschnitzen, Kinderflohmarkt, Eierfärben…) - Wöchentliche Kurse (Zumba, body'n brain) - Ludothek (3 Mal in der Woche geöffnet, Kindergartenbesuchs-morgen)
Umwelt	- Baum pro Kind - Kurse in Theorie und Praxis - Bäume pflanzen extern - Repair-Café 4 Mal pro Jahr - Kleidertausch 2 Mal pro Jahr	-	-
Quartierarbeit	- Tag der Nachbarschaft - Bücherschrank Ewiges Wegli - Gemeinschaftsgarten - Treffpunkt	- Lilians Bar - Ortsmuseum mit Museums-Café	- Spieltreff Chloote - Bau&SpielRaum im Hohrainli

	Gartenküche - Hühnerhof, Sandhaufen /Schaukel, Sitzplatz		
Integration	- Abendessen, gekocht von Geflüchteten (1 Mal pro Monat) - Reduzierte Preise für Gestaltkurse u Chorproben - 30% Ermässigung mit Kulturlegi auf alle Angebote	- Lilians Bar (Musik und Gastroangebote von Menschen mit Migrationshintergrund) - Führungen im Ortsmuseum für Teilnehmende von Deutschkursen - ermässigte Preise mit KulturLegi	- Angebote offen für alle - KulturLegi Rabatte - Kino für Alle
Freiwilligen-arbeit	Freiwilligenteams in allen Bereichen (Baumprokind, Gemeinschaftsgarten, Repaircafé, Les Cafés, Alle Kulturanlässe)	- In allen Bereichen möglich (freiwillige Vorstandsarbeit)	- In allen Bereichen möglich - 2 Anlässe im Jahr für die Freiwilligen
Familien-angebote	In allen Bereichen möglich (Baumprokind, Aufführungen von Bühnenworkshop u. Zauberworkshop, Gemeinschaftsgarten, Pilzexkursion, Holzen im Hardwald)	- In allen Bereichen möglich (Abwechselnd Veranstaltungen für alle Altersklassen)	- Familiensonntag 5 Mal im Jahr - Babysitterkurse - Babysitterliste - Kinderfasnacht Andere Veranstaltungen können auch von Familien besucht werden, sind aber keine explizite Familienangebote

Verflechtung Personen/Interessen

Die im Jahr 2023 kritisch erwähnte personelle Verflechtung innerhalb des Vorstandes wurde aufgelöst: Drei Vorstandsmitglieder sind per Vereinsjahr 2024 aus dem Vorstand ausgetreten. Die Initiantin des Hegnerhofs ist nicht mehr im Vorstand. Zusätzlich wird es auf der Geschäftsstelle per Sommer 2025 ebenfalls Änderungen geben, womit die angeregte "Gewaltentrennung" zwischen Eigentümerin, strategischem und operativem Betrieb entflechtet sein wird. Weiter hat der Verein das Revisions-Team erweitert. Mit Hans Baumgartner konnte ein versierter Finanzexperte gewählt und mit der Bankfachfrau Yvonne Brunner die Buchhaltung vergeben werden.

Leistungsvereinbarung

Ziel der Leistungsvereinbarung

Mit der Leistungsvereinbarung wird angestrebt, dass die Dienstleistungen und Angebote des Hegnerhofs ganzheitlich im Sinne eines Kulturzentrums installiert werden. Mit der Leistungsvereinbarung wird sichergestellt, dass die drei grossen Themenfelder Soziales – Kultur – Umwelt ganzheitlich gefördert werden.

Vision Förderverein Hegnerhof

- Der Verein Hegnerhof ermöglicht ein Zusammenleben, gemeinsames Arbeiten, Lernen und Gestalten im Zentrum von Kloten – bodenständig und visionär.

- Er unterstützt kulturelle Projekte und fördert den Austausch in den Bereichen der Künste, Gesellschaft und Umwelt.
- Er achtet auf Nachhaltigkeit, soziale Integration und Partizipation.
- Er agiert gemeinnützig, respektiert das Persönliche und stärkt das Gemeinsame.

Die Weiterentwicklung des Fördervereins Hegnerhof vollzieht sich auf der Grundlage von Statuten[1], Leitideen und obiger Vision sowie in Übereinstimmung mit der aktuellen Strategie der Stadt Kloten. Der Verein achtet auf kontinuierliche Qualitätssicherung.

Wirkungsziele Soziales

Der Förderverein Hegnerhof

- Der Hegnerhof erreicht mit niederschwelligen Angeboten unterschiedliche Anspruchsgruppen.
- Der Hegnerhof erreicht mit gemeinschaftlichen, interkulturellen und sozial orientierten Projekten auch Menschen aus bildungsfernen Millieus und sozioökonomisch benachteiligte Personen.
- Der Hegnerhof trägt mit partizipativen und räumlichen Angeboten zur Aufwertung des Lebensraums im Quartier und grundsätzlich in Kloten bei.

Wirkungsziele Kultur

- Der Hegnerhof sorgt mittels Kulturveranstaltungen für bereichernde Akzente im Kulturleben Klotens.
- Der Hegnerhof vermittelt aktiv Auftrittsmöglichkeiten für Kulturschaffende in ihren Räumlichkeiten. Er achtet auf ein abwechslungsreiches Kulturangebot und richtet sich an ein breites Publikum aus Kloten und Umgebung.
- Der Hegnerhof erreicht Erwachsene wie Kinder und Jugendliche durch ein vielfältiges Kultur- und Bildungsangebot im Sinne von "Künste bilden Gesellschaft".

Wirkungsziele Umwelt

- Der Hegnerhof sensibilisiert mit seinen Umweltprojekten und erreicht mit niederschwelligen und leicht verständlichen Angeboten die Bevölkerung in Kloten. Er engagiert sich im Bereich der Umweltbildung (z.B. Bäume pflanzen mit Privaten, Firmen und Schulen).
- Der Hegnerhof engagiert sich im Bereich nachhaltiger Konsum mit der Durchführung von regelmässigen Repair-Cafés (Reparieren von alten Gegenständen).
- Der Hegnerhof arbeitet bei Umweltthemen eng mit der Stadt Kloten und anderen lokalen Akteuren und Akteurinnen zusammen.

Finanzen

Weiterentwicklung Geschäftsstelle

Aktuell ermöglichen freiwillige Mitarbeitende des Förderverein Hegnerhof mit der Vielzahl von Angeboten und den damit verbundenen administrativen Hintergrundarbeiten eine relevante Verbesserung der Lebensqualität in Kloten.
Diese Arbeiten werden fast ausschliesslich freiwillig geleistet, die Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden beläuft sich auf mehr als 2300 Stunden pro Jahr. Zwei Personen leisten im Stundenlohn ein Minimum der anfallenden administrativen Arbeiten. Diese Anstellung ist auf die Dauer nicht befriedigend und bietet auf beiden Seiten zu wenig Planungssicherheit und Verbindlichkeit.

Um die diversen Aufgaben wahrzunehmen benötigt die Geschäftsstelle Verstärkung. Die Festigung der Geschäftsstelle ermöglicht dem Hegnerhof Kontinuität. Eine

[1] Die neu überarbeiteten Statuten wurden am 5. April 2025 von der Mitgliederversammlung einstimmig genehmigt.

Weiterentwicklung im Sinne eines Kapazitätenausbaues ist dringend nötig, um den gestiegenen Ansprüchen von allen Stakeholdern gerecht zu werden.

Finanzierung

Der Hegnerhof hat sich 2022 beim kantonalen Förderprogramm beworben. Erfreulicherweise unterstützt die Kantonale Fachstelle Kultur den Hegnerhof in der laufenden Förderperiode (2023-2027) mit jährlich Fr. 16'000.-
Aktuell unterstützt die Stadt Kloten den Förderverein Hegnerhof

- mit einem auf jeweils zwei Jahre festgelegten Subventionsbetrag (2024/25) von Fr. 21'300.-
- Förderbeitrag Kulturkommission Fr. 10'000.-.

Das Gesamtbudget des Fördervereins Hegnerhof beträgt rund Fr. 210'000.-. Finanziert wird der Verein von Beiträgen von aktuell 193 Mitgliedern, Gönnerinnen und Gönnern, Einnahmen von Veranstaltungen, Vermietungen der Räume und Subventionen von kantonalen und kommunalen Geldern. Im Planungsbudget für die Jahre 2026-2029 würde die Stadt Kloten mit einem Beitrag von Fr. 70'000.- somit ein Drittel des erforderlichen Ertrages beisteuern.

Erwägung

In den vergangenen zwei Jahren haben sich die Rahmenbedingungen rund um den Hegnerhof deutlich weiterentwickelt. Bereits 2023 wurde in einer breit abgestützten Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Hegnerhofs, des Stadtrats sowie Fachpersonen der Stadtverwaltung aus den Bereichen Soziales, Integration, Kultur und Umwelt, eine vertiefte Bedarfsanalyse vorgenommen. Im Rahmen dieser Evaluation wurde der jährliche Unterstützungsbeitrag von Fr. 70'000.– ermittelt, der aufgrund der bestehenden und unverändert relevanten Bedürfnisse nach wie vor als sinnvoll und angemessen erachtet wird.

Darüber hinaus führt die Einführung einer Leistungsvereinbarung auch zu einer administrativen Vereinfachung: Die bisherigen, alle zwei Jahre wiederkehrenden Subventionsanträge sowie einzelne Fördergesuche an die Kulturkommission entfallen, da die Förderung künftig gesamtheitlich, transparent und langfristig geregelt wird.

Ziel der angestrebten Leistungsvereinbarung ist es, die verschiedenen Themenfelder Kultur, Soziales und Umwelt, wie sie der Hegnerhof bereits seit Jahren in der Praxis miteinander verbindet, gezielt zu verzahnen und transdisziplinäre Formate weiterzuentwickeln. So bleibt der Stadt Kloten ein vielfältiges und quartierwirksames Angebot erhalten, welches sich stets weiterentwickeln und den Bedürfnissen anpassen kann. Der jährlich wiederkehrende Beitrag bietet dem Förderverein die notwendige Planungssicherheit, um sich personell weiterzuentwickeln, seine Organisation dem gewachsenen Tätigkeitsumfang anzupassen und die hohe Qualität seiner gemeinnützigen Arbeit langfristig zu sichern.

Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat stimmt der vorliegenden Leistungsvereinbarung zu und beantragt den Gemeinderat, dieser zuzustimmen, so dass die Leistungsvereinbarung per 1.1.2026 in Kraft treten kann.
2. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat den jährlich wiederkehrenden Unterstützungsbeitrag von Fr. 70'000.- unter der Kostenstelle 7280.10 / 3636.00 zu genehmigen.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Die vorliegende Leistungsvereinbarung wird genehmigt und tritt per 01.01.2026 in Kraft.
2. Der jährlich wiederkehrende Unterstützungsbeitrag von Fr. 70'000.00 z.L. Kostenstelle 7280.10 / 3636.00 wird genehmigt.

Änderungsantrag GRPK:

Ziffer 2.1.1. (alt)

Die Stadt bezahlt dem Hegnerhof unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlages durch den Gemeinderat einen jährlichen Beitrag von Fr. 70'000.00. Die Auszahlung erfolgt jeweils auf Beginn des ersten Quartals nach Rechnungsstellung durch den Hegnerhof.

Ziffer 2.1.1. (neu)

Die Stadt bezahlt dem Hegnerhof unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlages durch den Gemeinderat einen jährlichen Beitrag von Fr. 70'000.00. Die Auszahlung erfolgt jeweils nach abgeschlossener Prüfung der Jahresrechnung des Vorjahres durch die GRPK sowie nach Rechnungsstellung durch den Hegnerhof.

Begründung
Der aktuelle Vertrag sieht eine Auszahlung des jährlichen Beitrags bereits im ersten Quartal nach Rechnungsstellungdurch den Verein vor. Damit fliesst die städtische Unterstützung, bevor eine geprüfte Jahresrechnung vorliegt und allfällige finanzielle Korrekturen berücksichtigt werden können.

Eine Auszahlung nach Vorlage der geprüften Jahresrechnung:

- erhöht die Transparenz und Finanzkontrolle,
- und stärkt das Vertrauen in eine sachgerechte Mittelverwendung.

Beschluss:

1. Der Änderungsantrag der GRPK betreffend Ziffer 2.1.1. wird einstimmig genehmigt.
2. Die vorliegende Leistungsvereinbarung wird inkl. der genehmigten Änderung mit 28 Ja- und 3 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung genehmigt und tritt per 01.01.2026 in Kraft.
3. Der jährlich wiederkehrende Unterstützungsbeitrag von Fr. 70'000.00 z.L. Kostenstelle 7280.10 / 3636.00 wird mit 28 Ja- und 3 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung genehmigt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zum nächsten Traktandum. Das ist die Vorlage 8710; Förderverein Hegnerhof; Leistungsvereinbarung 01.01.2026; Genehmigung. Die Vorlage wurde mit dem Stadtratsbeschluss 264-2025 vom 2.9.2025 an den Gemeinderat überwiesen. Die Abnahme der Vorlage erfolgte in der GRPK am 18.11.2025. Es liegt ein Änderungsantrag der GRPK vor. Wir kommen zum Ablauf. Zuerst Wortmeldung aus der GRPK von Roman Walt. Danach weitere Wortmeldungen aus der GRPK, Wortmeldungen aus dem Stadtrat, Wortmeldung aus dem Rat, Abstimmung über*

einen Änderungsantrag und dann die Schlussabstimmung über die Leistungsvereinbarung. Roman Walt, ich bitte dich als GRPK-Referent ans Mikrofon.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Roman Walt (GLP): *Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, mit der Vorlage 8710; Förderverein Hegnerhof; Leistungsvereinbarung möchte der Stadtrat die Arbeit, die Angebote und Dienstleistungen vom Verein langfristig sichern und die dafür nötige Professionalisierung partnerschaftlich vorantreiben. Dazu soll eine Leistungsvereinbarung mit dem Verein unterzeichnet und der jährliche finanzielle Beitrag von der Stadt Kloten auf 70.000 Franken erhöht werden. Der Förderverein Hegnerhof ist seit 15 Jahren festen Bestandteil von Kloten. Die Angebote und Kooperationen vom Verein sind über die Jahre laufend gewachsen. Da alle aufzuzählen, würde an dieser Stelle zu weit führen und einen guten Teil davon haben wir schon mal gehört an den Wortmeldungen, sowohl von mir als GRPK-Sprecher, wie auch aus den Fraktionen an der Gemeinderatssitzung vom 3. Oktober 2023. Denn das Geschäft kam, in einer etwas anderen Form, bereits vor etwas mehr als zwei Jahren im Gemeinderat und wurde am 3. Oktober 2023 von einer Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt. Im Kern bleibt die Vorlage aber gleich. Es geht weiterhin um eine Leistungsvereinbarung und die erwähnte Erhöhung des jährlichen städtischen Beitrags auf 70'000 Franken. Stadtrat und Verein haben aber die vom Gemeinderat 2023 geäusserten Vorbehalte und Kritikpunkte aufgenommen und in die überarbeitete Vorlage einfliessen lassen. Die Angebote des Hegnerhofs beten sich in die im Aufbau befindliche Kulturraumstrategie der Stadt Kloten ein und nach Analyse und in laufender Absprache mit anderen Anbietern im Bereich Soziales, Kultur und Umwelt sind die Angebote nochmals geschärft und Prioritäten angepasst worden. Der Verein hat weiter Massnahmen getroffen, um die personellen Verflechtungen zwischen der Eigentümerschaft, strategischer und operativer Leitung aufzutrennen. Das hat zu personellen Wechseln im Vorstand, in der Geschäftsleitung und in der Wahl einer versierten Revisionsstelle mit zwei Fachpersonen geführt. Ferner wurde die Form der Leistungsvereinbarung an die Form anderer Vereinbarungen mit Vereinigungen in Kloten angeglichen und messbare Leistungsindikatoren mit quantitativen wie auch qualitativen Messgrössen festgehalten. Der Jahresbericht wird mit den ausgewiesenen Indikatoren jeweils dem Stadtrat und dem Gemeinderat zugänglich gemacht. Die Situation des Vereins ist in den letzten zwei Jahren nicht besser geworden. Die verschiedenen Ansprüche und Leistungen können nicht mehr allein durch Freiwilligenarbeit erfüllt werden. Die Geschäftsleitung wurde, wie angesprochen, neu besetzt. Eine zusätzliche Professionalisierung und ein Ausbau des Pensums ist aber nötig, um den verschiedenen Ansprüchen und Leistungen von allen Anspruchsgruppen gerecht zu werden und den Betrieb langfristig sicherstellen zu können. Zu den Finanzen. Der Verein rechnet in den Jahren 2026 bis 2029 mit jährlichen Kosten von 210'000 Franken pro Jahr. Mit einem Betrag von 70'000 Franken würde die Stadt Kloten ihren jährlichen Beitrag von aktuell 31'300 Franken, das sind 21'300 Franken Subvention und 10'000 Franken aus der Förderung der Kulturkommission, um knapp 38'000 Franken erhöhen. Die Stadt wird damit ein Drittel der Kosten tragen, die übrigen zwei Drittel stammen dann aus den kantonalen Fördermitteln, Mitgliederbeiträgen, Einnahmen von Anlässen und Vermietungen sowie Mittel von Stiftungen und Spenden. Der Stadtrat wird mit einer Person im Vorstand des Vereins vertreten sein. Die GRPK übernimmt die Revisionsstelle, wodurch mit einer Kontrolle der zweckgebundene Einsatz der Gelder sichergestellt wird. Die GRPK hat sich erneut intensiv mit der Vorlage beschäftigt und natürlich vor allem auf die Veränderungen seit der letzten Behandlung*

geschaut. Die Kommission hat wieder diverse Fragen zu rechtlichen Rahmenbedingungen, zu Mietverhältnissen gestellt, die durch die Stadträtin Regula Käser, Bereichsleiter Kurt Steinwender, Mitglieder der Abteilung Kultur und Soziokultur sowie vom Vereinsvorstand vom Förderverein Hegnerhof bearbeitet und beantwortet worden sind. Die GRPK dankt an dieser Stelle allen beteiligten Personen für die gute Zusammenarbeit und für die zeitnahe Beantwortung unserer Fragen. Die GRPK würdigt die Arbeiten des Stadtrats, der Verwaltung und des Vereins an der neuen Vereinbarung und stellt fest, dass die meisten kritisierten Punkte, die im Jahr 2023 noch eine Mehrheit der Kommission zur Ablehnung der Vorlage bewogen haben, aufgenommen und zielführend überarbeitet wurden. Einzelne Kritikpunkte zu den rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Zeitpunkt der Auszahlung der Fördergelder und die nach wie vor bestehende Nähe zwischen Verein und Eigentümerschaft wurden in der Kommission vorgebracht und diskutiert. Der bereits erwähnte von der GRPK eingebrachte Änderungsantrag folgt aus so einem Kritikpunkt und hat das Ziel, dass der Zeitpunkt der Geldflüsse so zu regeln ist, dass die Finanzkontrolle gestärkt und Transparenz erhöht wird. Stadtrat und Verein haben nach Rücksprache keinen Einwand zu dieser Anpassung in der Ziffer 2.1.1, wird entsprechend jetzt gerade angezeigt auf dem Bildschirm, wo jetzt neu regelt, dass die Auszahlung der Gelder eben erst nach abgeschlossener Prüfung der Rechnung vom Vorjahr durch die GRPK erfolgen kann. Änderungsantrag und Vorlage an sich werden von der Kommission grossmehrheitlich unterstützt. Die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat daher grossmehrheitlich die Annahme vom Geschäft inklusive dem Änderungsantrag. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Regula Käser?*

Stadträtin Regula Käser: *Herr Präsident, geschätzte Anwesende, den Hegnerhof muss ich nicht mehr vorstellen. Ich habe das Protokoll vom 3. Oktober vor zwei Jahren nochmals gelesen. Er ist allen bestens bekannt. Roman Walt hat alle Änderungen hervorragend vorgetragen, also von daher gibt es nichts mehr zu dazu zu sagen. Der Änderungsantrag, wie er vorliegt, ist auch für den Hegnerhof umsetzbar, denn sie haben die Mitgliederversammlung im ersten Quartal, nämlich bis im Laufe des März. Das heisst also, Ende März ist auch die Rechnung geprüft von der GRPK. Es ist einfach eine Präzisierung des oben erwähnten Satzes. Das ist absolut sinnvoll. Danke vielmals. Ich danke allen, die dieser Vorlage jetzt zustimmen können.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Regula Käser. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Pascal Walt, Mitte.*

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: *Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesende, vor knapp zwei Jahren konnten wir die damalige vorliegende Leistungsvereinbarung nicht unterstützen. Uns widerstrebt noch heute der Grundsatz, dass die Stadt Kloten mit Steuergeld einen ausgewählten Verein mit fixen Jahrespauschalen bevorzugt und geht mit dieser Partnerschaft bewusst ein gewisses finanzielles und operatives Risiko ein. Allerdings dürfen wir heute erfreut feststellen, dass die meisten von diesen vertraglichen Schwächen in der heutigen Leistungsvereinbarung geschärft, persönliche Verstrickungen entkoppelt und Dienstleistungen zu anderen Vereinen wie VfK, freiwillig@kloten und Ortsmuseum abgrenzt wurden. Damit lagert die Stadt Kloten einen weiteren Teil ihres Auftrags zur Erfüllung der Ziele Soziales, Kultur und Umwelt an Hegnerhof aus und*

bekommt, auch eine jährliche Finanzkontrolle durch die GRPK zurück und bleibt damit handlungsfähig. Insofern dankt die Mitte-Fraktion für die Nachjustierung der Leistungsvereinbarung, damit wir das Geschäft jetzt unterstützen können und wünsche gutes Gelingen. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Pascal Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Diana Diaz, Grüne.*

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: *Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, der Hegnerhof zeigt seit Jahren, wie nachhaltiger Konsum, Umweltbildung und Quartierarbeit konkret aussehen können. Veranstaltungen wie zum Beispiel das Repair Café oder der Kleidertausch sind nicht nur niederschwellige Angebote, die einen bewussten Umgang mit Ressourcen fördern, sie schaffen auch Begegnungsräume, die Kloten braucht. Gerade wenn man bedenkt, dass die Hälfte der Bevölkerung innerhalb von fünf Jahren zu- bzw. wegzieht, ist es so wichtig, Räume zu haben, in denen Begegnung und Austausch stattfinden kann. Heute diskutieren wir, wie wir schon gehört haben, über die überarbeitete Leistungsvereinbarung. Die ältere Version von 2023 wurde mit Verbesserungsvorschlägen zurückgewiesen und die aktuelle Fassung nimmt die damaligen Kritikpunkte auf. Mit einem jährlich wiederkehrenden Förderbeitrag von 70'000 Franken kann der Hegnerhof die nötige Planungssicherheit gewinnen, seine Geschäftsstelle stärken und seine wertvollen gemeinnützigen Angebote verlässlich weiterführen und damit einen Beitrag zu einer nachhaltig vernetzten und lebendigen Stadt leisten. Wir von den Grünen werden die Vorlage unterstützen. Merci für die Aufmerksamkeit.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Marco Brunner, SVP.*

SVP-Fraktion, Marco Brunner: *Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, liebe Gäste auf der Tribüne. Die SVP-Fraktion hat am 03.10.2023 die Leistungsvereinbarung des Hegnerhofs ausfolgenden Gründen abgelehnt. Fehlende Strategie seitens Stadt in Sachen Gemeinschaftszentren und Kultur, kein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Vereinen mit Leistungsvereinbarung, Messbarkeit der Leistung, überschneidende Angebote im Wirkungsfeld Soziales und die Verflechtung der Eigentümerschaft Hegnerhof mit dem Verein. Nun haben wir jetzt nach zwei Jahren eine neue Leistungsvereinbarung und fragen uns somit, was sich geändert hat. Die Stadt hat inzwischen eine übergeordnete Kulturstrategie, in der der Förderverein in der Quartierentwicklung eingebettet worden ist, namentlich in der Sozialraummonitoring für das Zentrum im Quartier Geisberg-Herdlen und Horeinli. In der Bearbeitung ist die Kulturraumstrategie, wo jetzt die Leistungsvereinbarung einen ersten konkreten Schritt darstellt. Ebenfalls durch regelmässigen Austausch mit der Szene Kloten sowie dem VfK sollten der Programminhalt und das Profil geschärft werden. Eben der Programminhalt und das Profil sind nun dank der Leistungsindikatoren sicht- und messbar. Somit ist das Profil geschärft und die überschneidenden Angebote im Wirkungsfeld Soziales werden durch niederschwellige Beteiligungen entschärft. Durch den Rücktritt von Elisabeth Gauss aus dem Vorstand wurde der Vorstand erneuert und somit auch die Trennung der Eigentümerschaft mit dem Verein vollzogen. Eine Mehrheit der Fraktionen sieht die vor zwei Jahren angebrachten Punkte als umgesetzt und wird der Leistungsvereinbarung zustimmen. Eine Minderheit ist weiterhin davon überzeugt, dass mit dem Verein einerseits ein überschneidendes Angebot im Bereich Soziales subventioniert wird, andererseits auch*

im kulturellen Bereich bestehende Angebote konkurrenziert werden und wird daher die Leistungsvereinbarung ablehnen. Dem Änderungsantrag wird zugestimmt. Besten Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Marco Brunner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Brian Dieng, GLP.*

GLP-Fraktion, Brian Dieng: *Geschätzte Anwesende und vor allem geschätzte Ratskolleginnen, etwas haben wir ganz bestimmt gemeinsam, und zwar, dass wir uns sicher alle an unsere erste Gemeinderatssitzung erinnern können, an der wir selber im Rat waren. Bei mir ist das nicht anders. Meine erste war nämlich genau die, als die alte Version dieses Geschäfts behandelt wurde. Mein Unverständnis damals war ziemlich gross, als die Vorlage trotz kompromissbereitem Änderungsantrag versenkt wurde. Umso bewundernswerter ist es von Seiten Hegnerhof, dass man damals die Flinte nicht ins Korn geworfen hat, sondern mit mindestens gleich hoher Motivation an einer Neuauflage gearbeitet hat, über die wir heute abstimmen dürfen. Die damals geäusserten Kritikpunkte jener Fraktionen, die ablehnend waren, wurden so gut wie alle berücksichtigt. In der heutigen Version, der GRPK-Sprecher und auch viele Redner:innen vor mir haben es erwähnt, wurde auf die Forderungen und Bedingungen, die wir gestellt haben, eingegangen. Eigentlich gibt es fast keinen rationalen Grund mehr zum Nein-Sagen heute. Nebenbei soll erwähnt werden, was für einen Luxus wir da in Kloten eigentlich mit dem Hegnerhof und diversen anderen Vereinen haben, was die für unsere Soziokultur machen. Wenn wir auf Zürich schauen, wird dort nämlich sichtbar, dass die, die dort eine vergleichbare Leistungspalette haben sind Gemeinschaftszentren. Und die sind ganz im Gegensatz zum Hegnerhof vollständig durch die Steuerzahlenden finanziert und nicht nur zu einem Bruchteil. Bleiben wir dabei, grosses Kompliment an den Hegnerhof und an den Stadtrat für die gelungene Neuauflage. Tut es bitte mir und der GLP-Fraktion gleich und unterstützt das Geschäft. Danke.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Brian Dieng. Jetzt, weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Anita Egg, SP.*

SP-Fraktion, Anita Egg: *Liebe Anwesende, wir von der SP freuen uns, dass mit der vorliegenden angepassten Leistungsvereinbarung einer Zustimmung zu diesem Vertrag eigentlich nichts mehr im Weg steht. Alle vier beanstandeten Punkte aus der alten Vereinbarung sind überarbeitet und bereinigt worden. Mit der Zustimmung wird der Hegnerhof seine wertvolle Arbeit mit mehr Planungssicherheit durchführen können. Auch die öffentliche Anerkennung der Leistungen des Vereins für unsere Bevölkerung ist verdient und motivierend. Vielen Dank für die Zustimmung und das Zuhören.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Anita Egg. Gibt es weitere Wortmeldungen? Tanja Woodhatch, EVP.*

EVP-Fraktion, Tanja Woodhatch: *Verehrte Ratsleitung, liebe Anwesende, gerne schliesse ich mich meinen verschiedenen Vorrednern an, unter anderem Anita, Diana und auch Brian. Ich sage etwas Ähnliches, aber versuche es nochmals auf unsere Art zu formulieren. Der EVP Kloten ist es wichtig, dass Zusammenhalt, Kultur und Nachhaltigkeit, wie beispielsweise Repair Café, einen konstanten Platz in Kloten haben. Die Finanzierung dieser wertvollen Angebote ist zentral, damit der Hegnerhof eine Planungssicherheit hat und weiterbestehen kann. Es ist unumstritten, dass Integration und niederschwellige Angebote enorm wichtig sind für ein gutes Zusammenleben in Kloten. Darum möchte die EVP auch das grosse Engagement von allen in und um den Hegnerhof würdigen und*

dankt für das jahrelange grosse Commitment. Die EVP empfiehlt aus diesen Gründen das Geschäft anzunehmen.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals. Danke vielmals Tanja Woodhatch. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Daniel Körner, FDP.*

FDP-Fraktion, Daniel Körner: *Geschätzte Stadträte, liebe Ratsmitglieder, Zuschauer und die Presse. Wenn wir heute über den Hegnerhof reden, dann müssen wir kurz zurücksehen. Die letzte Vorlage hatten wir im Oktober 2023 im Rat. Damals hat der Hegnerhof unsere Erwartungen nicht erfüllt. Es hat an Klarheit, an Strukturen, an Messbarkeit und an Transparenz gefehlt. Darum haben wir damals die Vorlage abgelehnt. Heute ist die Lage anders. Der Hegnerhof hat seine Hausaufgaben gemacht. Kritikpunkte aus dem Jahr 2023 wurden ernst genommen. Das sieht man sowohl im neuen strukturierten Budget, in der überarbeiteten Geschäftsführung, in der Entflechtung von Rollen und Interessen, sowie in der neu geschaffenen Messbarkeit der Leistungen. Die neu vorliegenden Zahlen, insbesondere die detaillierten Jahresrechnungen und Budget bis 2029, zeigen eine deutliche Professionalisierung, klare Abläufe, eine saubere Trennung der Rollen und eine vollständige Offenlegung der Finanzströme. Auch die Mieten von rund 66'000 Franken sind transparent ausgewiesen und bewegen sich unterhalb des Marktniveaus. Als FDP unterstützen wir die Vorlage, und wir unterstützen auch den Änderungsantrag, wonach die städtischen Gelder erst ausgezahlt werden, nachdem die Jahresrechnung abgenommen wurde. Das ist keine Nebensächlichkeit, sondern eine sinnvolle Sicherung. Sie entspricht genau dem finanzpolitischen Verständnis der FDP. Zuerst eine saubere und gute prüfte Grundlage, dann die Auszahlung. So halten wir die öffentlichen Mittel unter Kontrolle und schaffen gleichzeitig Planungssicherheit für den Hegnerhof. Eine kleine Bemerkung Richtung SP und EVP, insbesondere an Anita und Tanja. In den letzten zwei Jahren haben wir von ihnen verschiedene Vorwürfe gegen Rechts und die FDP gehört, wir seien gegen Kultur und Sozialleistungen. Das ist falsch. Ich rede jetzt aus FDP-Sicht. Wir von der FDP sind nicht gegen Kultur. Wir sind nicht gegen Soziales. Wir sind dagegen, dass Steuergelder ohne solide Grundlage oder ohne klare Zielerreichungen gesprochen werden. Wir wollen, dass die Vorlagen stimmen, fachlich, finanziell und strukturell. Der Hegnerhof legt uns heute erstmals eine Vorlage vor, die diese Kriterien erfüllt. Ja, dann kann auch die FDP Ja sagen. Darum unterstützen wir die Vorlage und den Änderungsantrag einstimmig mit klaren Erwartungen, dass der Hegnerhof die eingeschlagene Professionalisierung konsequent weiterführt und die jährlichen Leistungsindikatoren transparent liefert. Vielen Dank.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Daniel Körner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das sieht nicht danach aus. In diesem Fall kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Ich verzichte jetzt darauf, den wörtlich nochmals vorzulesen, ausser es besteht jemand darauf, weil wir ja Barrierefreiheit gewährleisten wollen. Ihr seht es hinter mir auf dem Beamer. Wer dem Änderungsantrag der GRPK zustimmen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen. Dem Änderungsantrag wurde einstimmig zugestimmt. In diesem Fall kommen wir zur Schlussabstimmung. Die vorliegende Leistungsvereinbarung wird inklusive der genehmigten Änderung genehmigt und tritt per 01.01.2026 in Kraft. Der jährlich wiederkehrende Unterstützungsbeitrag von 70'000 Franken zulasten der Kostenstelle 7280.10/3636.00 wird genehmigt. Wer dem Geschäft inklusiv genehmigter Änderung zustimmt, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen. Vielen Dank. Wer das Geschäft ablehnen will, soll das mit Aufstehen bezeugen. Gibt es Enthaltungen? Der Vorlag 8710; Förderverein Hegnerhof;*

Leistungsvereinbarung 01.01.2026 wird mit 28 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

02.12.2025 Beschluss Nr. 141-2025

0.3.0 Allgemeines

Vorlage 13865; Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle

Ausgangslage

Demokratie ist ein zentraler Pfeiler der Schweizer Politik und Gesellschaft. Sie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern tief in der Identität, Geschichte und Kultur der Schweiz verwurzelt. Die demokratische Mitbestimmung fördert den gesellschaftlichen Ausgleich und hilft, Konflikte auf politischem Weg zu lösen.

Im Schnitt der letzten Jahre nahmen dennoch nur rund 45% der Schweizer Bevölkerung an Abstimmungen und Wahlen teil. In der Stadt Kloten gibt das geringe Interesse an Abstimmungen und Wahlen noch mehr Grund zur Sorge. Die Stimmbeteiligung liegt seit 2005 regelmässig weit unter dem Mittel des Kantons Zürich. Bei den letzten kommunalen Erneuerungswahlen 2022 betrug die Stimmbeteiligung zum Beispiel bei der Wahl des Stadtrates nur gerade 21,88%. Diese tiefe Beteiligung kann die Legitimität getroffener Entscheidungen und Wahlen in Frage stellen und die Repräsentation der stimmberechtigten Bevölkerung unter Umständen verzerren.

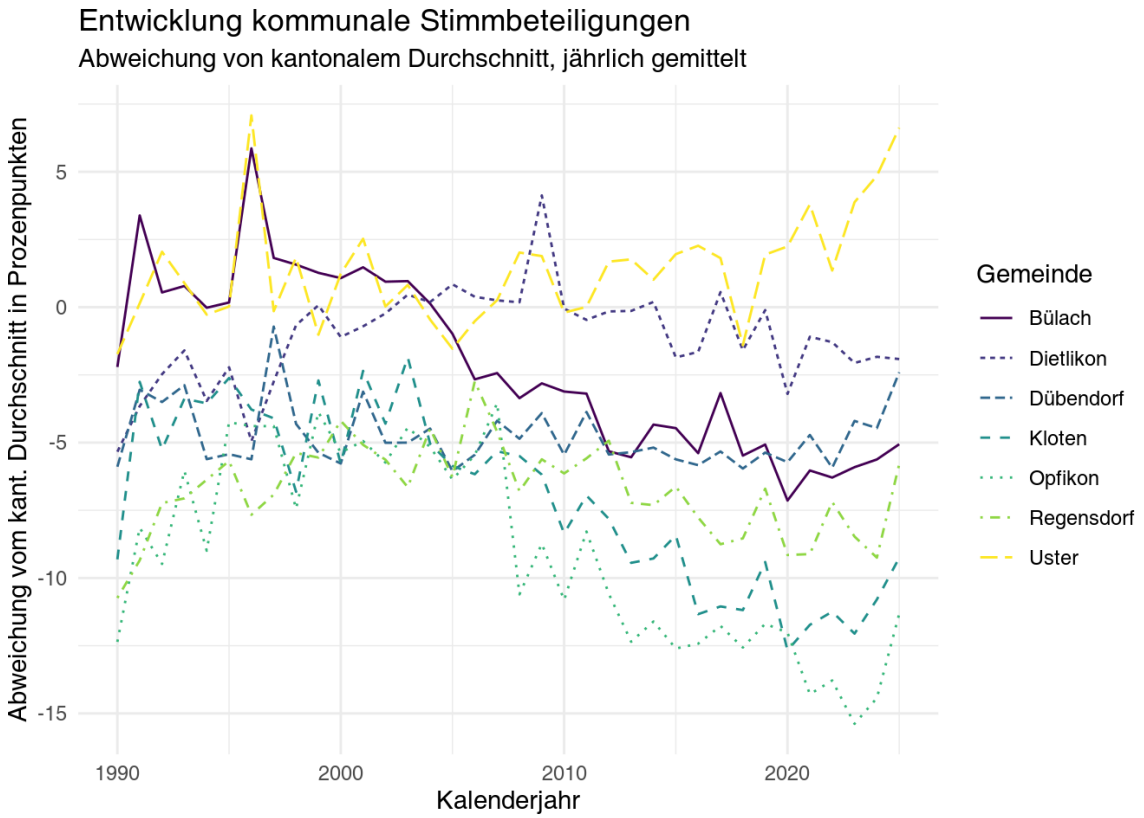


Abbildung 1: Die Grafik zeigt die Entwicklung der Unterschiede zwischen kommunalen Stimmbeteiligungen ausgewählter Gemeinden und der kantonalen Stimmbeteiligung bei eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen. Um die Daten zu glätten, wurden kalenderjährliche Durchschnittswerte verwendet; statistisches Amt des Kantons Zürich

Nachbefragung zur Abstimmung vom 24. November 2024

Im Zusammenhang mit der Nachbefragung der in der Öffentlichkeit stark diskutierten Abstimmung der beiden Stadtentwicklungsvorlagen konnten einige spannende Erkenntnisse über das Abstimmungsverhalten der Klotenerinnen und Klotener gewonnen werden.

Die Stimmbeteiligung betrug trotz grösster Aufmerksamkeit in allen (Print- und digitalen) Medien nur gerade 40% (Richtplanung: 39,77% / Nutzungsplanung: 41,04%).

Spannend ist die Auswertung der Teilnahme an der Abstimmung vom 24. November 2025. Vier Fünftel (82%) der befragten Stimmberechtigten haben an der Abstimmung teilgenommen, wobei sich folgende Unterschiede in Bezug auf Geschlecht, Alter, Bildung und Quartier ergeben haben:

- Geschlecht: Männer (84%) haben signifikant häufiger an der Abstimmung teilgenommen als Frauen (80%).
- Alter: Personen ab 65 Jahren (93%) haben signifikant häufiger teilgenommen als die 40-64-Jährigen (83%), die wiederum deutlich häufiger abgestimmt haben als die 18-39-Jährigen (73%).
- Bildung: Personen mit hohem Bildungsniveau (89%) haben signifikant häufiger abgestimmt als jene mit mittlerem Bildungsniveau (81%), die wiederum deutlich häufiger abgestimmt haben als Personen mit niedrigem Bildungsniveau (53%).
- Quartier: Am häufigsten teilgenommen haben Personen aus den Gebieten «Gerlisberg» (97%), «Chasern, Rebweg, Egetswil, Hohrüti, Zipfel, Erlen» (92%) und «Buchhalden, Reutlen, Spitz und Rosenweg» (89%). Am seltensten teilgenommen haben Personen aus den Gebieten «Hohrainli» (65%) und «Schaffhauserstrasse, Balsberg» (73%).

Ähnliches spiegelte sich auch im Vorfeld der Abstimmungen bei den vielfältigen partizipativen Anlässen wider. Obwohl die Stadt Kloten der Bevölkerung im Zuge der Vorbereitung dieser beiden Vorlagen regelmässig Möglichkeiten einräumte, bei wichtigen Themen mitzuwirken, musste leider festgestellt werden, dass diese Anlässe schwach besucht und zum grössten Teil nicht einmal wahrgenommen wurden.

Bestätigt hat dies auch die Nachbefragung: Vier Fünftel der 1'867 Befragten (85%) haben nicht an einem Partizipationsanlass teilgenommen. Jede neunte Person (11%) hat immerhin an einem Anlass wie einer Informationsveranstaltung, einem Stadtspaziergang oder einem Workshop teilgenommen. Einige haben eine elektronische oder schriftliche Eingabe im Rahmen der Mitwirkung eingereicht (2%) oder waren durch eine behördliche Funktion eingebunden (2%). Personen ab 65 Jahren (23%) haben dabei signifikant häufiger partizipiert als die 40-64-Jährigen (14%), die wiederum deutlich häufiger teilgenommen haben als die 18-39-Jährigen (6%).

Dennoch haben 80% der Befragten angegeben, dass sie gerne stärker in die Ausarbeitung von wichtigen Vorlagen eingebunden würden.

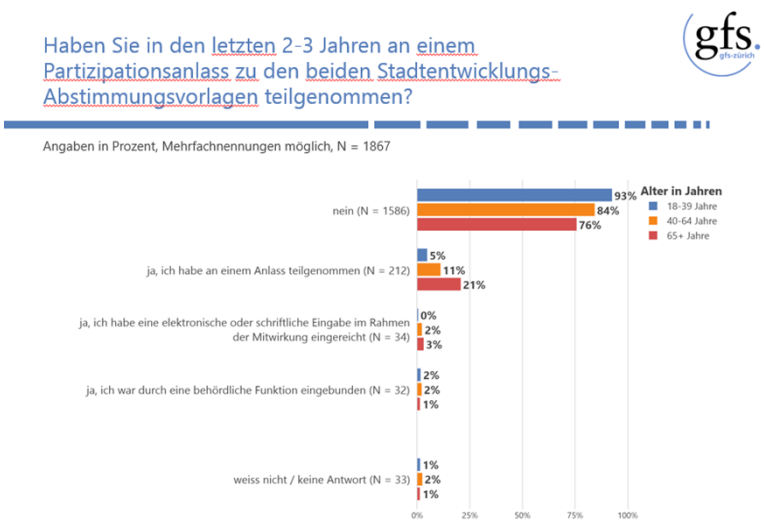


Abbildung 2: Teilnahme an einem Partizipationsanlss zu den Stadtentwicklungsvorlagen, aufgeschlüsselt nach Alterskategorien (Quelle gfs Zürich, Befragung 2025).

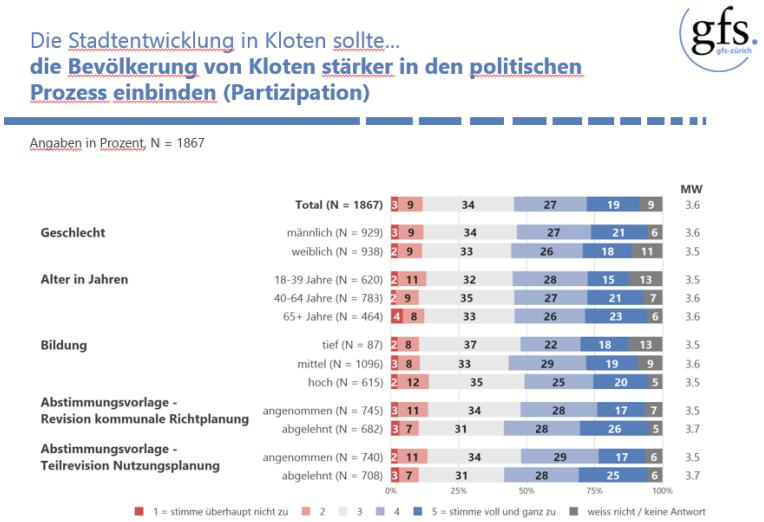


Abbildung 3: Wunsch der Befragten, dass sie stärker in den politischen Prozess eingebunden werden (Quelle: gfs Zürich, Befragung 2025)

Wissenschaftlicher Kontext zum Abstimmungsverhalten

Die Gründe für die tiefe Beteiligung sind vielfältig und komplex. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat zu diesem Thema eine Studie erstellt (Schäfer, 2023)[2], welche zusammengefasst folgende Faktoren für tiefe Wahlbeteiligung identifiziert:

- Ressourcen: tiefes Bildungsniveau, tiefes Einkommen und geringes soziales Kapital wirken sich negativ auf die Beteiligung aus.
- Motivation: Menschen interessieren sich nicht, sind nicht bereit sich zu informieren, oder empfinden den Einfluss einer einzelnen Person als zu klein.
- Netzwerke: Je weniger Kontakt zu Wählenden besteht, desto tiefer ist die eigene Beteiligung
- Betroffenheit: Ausserdem spielt der Grad der Betroffenheit eine Rolle, wie hoch die Wahlbeteiligung ausfällt.

[2] Schäfer, A. (2023).*Wer fehlt an der Wahlurne?: sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Weiter bestätigt die Schweizer Wahlstudienreihe "Selects" eine gewohntes Muster, wenn die Partizipation nach Alterskategorien aufgeschlüsselt wird: Je jünger die Erwachsenen, desto tiefer ist die Beteiligung.[3,4]

Ziele

Die Stadt Kloten steht aufgrund des schweizweiten und kantonsweiten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum mitten in einem wichtigen Umstrukturierungs- und Veränderungsprozess, der nicht nur das "gebaute Kloten" betrifft, sondern insbesondere auch die Gesellschaft, ihr Zusammenleben und –wirken vor grössere Herausforderungen stellt. Damit diese Entwicklungen zum Vorteil der Stadt Kloten und ihrer Bevölkerung gelingen, kommt den demokratischen Möglichkeiten und der politischen Teilhabe eine entscheidende Bedeutung zu. Ebenso wesentlich ist der Einbezug von nicht stimmberechtigten Personen (Kinder, Jugendliche, Ausländer/innen), welche in Kloten rund die Hälfte der Bevölkerung ausmachen und deshalb nicht vernachlässigt werden sollen.

Die Ziele der Demokratieförderung können wie folgt umschrieben werden:

- Unterstützung und Weiterentwicklung von Partizipationsanlässen;
- Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien in Bezug auf Themen der Demokratieförderung (Vernetzung, Nachwuchsförderung etc.);
- Erhöhung der Stimmbeteiligung in der Stadt Kloten;
- Förderung der politischen Teilhabe (Unterstützung zum Einbringen in politische Prozesse);
- Förderung digitaler Demokratiekompetenzen (Medienkompetenzen);
- Stärkung des Klotener Wir-Gefühls (soziale Kohäsion, lokale Identifikation);
- Förderung der politischen Bildung (Ausbildung, Schule, Jugendparlament);
- Förderung der Chancengleichheit, Inklusion (Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu demokratischen Prozessen) und
- Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung (Sensibilisierung demokratischer Werte).

[3] Anke Tresch, Lukas Lauener, Laurent Bernhard, Georg Lutz und Laura Scaperrotta, *Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid* (Lausanne: FORS, 2020), https://doi.org/10.24447/SLC-2020-00001
[4] Anke Tresch, Line Rennwald, Lukas Lauener, Georg Lutz, Nursel Alkoç, Romane Benvenuti und Oscar Mazzoleni, *Eidgenössische Wahlen 2023. Wahlteilnahme und Wahlentscheid* (Lausanne: FORS, 2024), https://doi.org/10.24447/SLC-2024-00001

Massnahmen

Wie die Erfahrungen der letzten Jahre und auch die statistischen Fakten zeigen, ist Kloten in Bezug auf die politische Teilhabe ein "hartes Pflaster". Es bedarf einiges an Grundlagenarbeit an der Basis, um Erfolge bei der Förderung der Demokratie und der politischen Teilhabe zu erzielen. Die Massnahmen durchdringen dabei nahezu sämtliche Themenbereiche in denen die Stadt Kloten wirkt.

- Unterstützung und Weiterentwicklung von Partizipationsanlässen
  Begleitung von Partizipationsanlässen bei Projekten (z.B. Bauprojekte), Begleitung und Weiterentwicklung Landsgemeinde Kloten, Betreuung und Kampagnenarbeit für Plattform Kloten 2030. Mitarbeit bei bestehenden Formaten wie Forum Vereine, Begegnungsfest (Integration).

- Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien in Bezug auf Themen der Demokratieförderung
  Die Ortsparteien sind Dreh- und Angelpunkt der lokalen Politik. Der Kontakt zwischen den Parteien und der Stadt Kloten soll in Bezug auf die Themen der Demokratieförderung gestärkt werden.

- Erhöhung der Stimmbeteiligung in der Stadt Kloten
  Mittelfristig wird das kantonale Mittel "5% unter dem Mittel" angestrebt. Langfristig soll das kantonale Mittel erreicht werden.

- Weiterentwicklung bestehender Partizipationsgefässe
  Begleitung von Partizipationsanlässen bei Projekten (z.B. Bauprojekte), Begleitung und Weiterentwicklung Landsgemeinde Kloten, Betreuung und Kampagnenarbeit für Plattform Kloten 2030. Mitarbeit bei bestehenden Formaten wie Forum Vereine, Begegnungsfest (Integration).

- Förderung der politischen Teilhabe
  Sensibilisierung der Bevölkerung für politische Themen und Partizipation durch verschiedene Formate und Grundlagenarbeit (z.B. Besuche von Politikern in Schulklassen, Unterrichtsmaterial Kommunalpolitik, Partizipations- und Dialoganlässe), Medienkompetenz, Kampagnenarbeit, Umsetzung Pilotprojekt Bevölkerungsforum, Sicherstellen des politischen Austauschs der verschiedenen Gremien.

- Weiterentwicklung Unterlagen Wahlen- und Abstimmungen.
  Kommunale Vorlagen einfach und mit verschiedenen Medien erklären.

- Förderung digitaler Demokratiekompetenzen (Medienkompetenzen)
  Sensibilisierung und Ausbildung (insbesondere von Kindern und Jugendlicher) zum Thema Medienkompetenzen im Zusammenhang mit der Demokratieförderung.

- Förderung der Politischen Bildung
  Aufbau lokales Jugendparlament nach Best-Practice Beispielen, in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren. Sicherstellung des Betriebs und der strukturellen Einbettung

in die politische Landschaft von Kloten. Austausch und Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Jugendparlament ermöglichen, ermutigen und koordinieren.

- Stärkung des Klotener Wir-Gefühls, Förderung der Chancengleichheit, Inklusion, Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung
  Förderung der lokalen Zusammengehörigkeit und der Identität, Abbau von Berührungsängsten und Ungleichheiten. Förderung von Dialog und Begegnungen zwischen unterschiedlichen Gruppen, um Vorurteile abzubauen. Aufbau und Etablierung "Tag der Demokratie" auf kommunaler Ebene.

Monitoring

Als wichtigster Indikator für die Teilnahme am politischen Geschehen ist die Stimm- und Wahlbeteiligung. Diese kann am einfachsten in Bezug auf das Mittel der Beteiligung im Kanton Zürich gemessen werden (vgl. Abbildung 1). Zurzeit beträgt in Kloten die Abweichung zum kantonalem Mittel um die -10%. Mit kurz- und mittelfristigen, gezielten Massnahmen müsste diese Abweichung mittelfristig zumindest auf -5% reduziert werden können. Langfristig soll das kantonale Mittel erreicht werden.

Zuständigkeit

Die Demokratieförderung und die Förderung politischer Teilhabe schwingt bei vielen Aufgaben mit, welche der Gemeinde- und Stadtrat und die Stadtverwaltung wahrnehmen. Es handelt sich deshalb um eine klassische Querschnittsfunktion, welche aufgrund dem Anknüpfungspunkt "Wahlen und Abstimmungen" beim Politikfeld "Präsidiales" und somit bei der Verwaltungsdirektion angegliedert werden soll.

Die Schaffung einer neuen Stelle, explizit zur Förderung dieser Thematik ist bislang nicht vorgesehen. Somit handelt es sich um eine neue Stelle im Sinne von Art. 13 lit. k der Gemeindeordnung, für deren Genehmigung der Gemeinderat zuständig ist. Der Entscheid für die Beschreitung dieses Weges ist somit vom Gemeinderat zu fällen.

Kosten

Für die Demokratieförderung ist eine Stelle mit 80% Pensum vorgesehen. Aufgrund der Anforderungen (Studium im Fachgebiet Sozialwissenschaften und Weiterbildung im Bereiche Partizipation, Mediation, Projektmanagement) ist die Stelle der Funktionsstufe 40 (Funktion mit komplexen Spezialaufgaben) zuzuteilen.

Die Kosten (Kostenberechnung basiert auf der Lohnmittelkurve für eine 40-jährige Person; 80%) werden auf Fr. 117'245.00 (inkl. Sozialleistungen) geschätzt.

Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat im Sinne von Art. 13 lit. k Gemeindeordnung eine neue Stelle "Demokratieförderung" bei der Verwaltungsdirektion (2210.00) mit 80 Stellenprozenten, bei Kosten von Fr. 117'245.00 per 1.1.2026.
2. Der Stv. Verwaltungsdirektor wird beauftragt, die Stelle im Funktionenkatalog aufzunehmen und die Personalkosten im Budget 2026 einzustellen.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:
1. Eine neue Stelle "Demokratieförderung" bei der Verwaltungsdirektion (2210.00) mit 80 Stellenprozenten, bei Kosten von Fr. 117'245.00 wird per 1.1.2026 genehmigt.

Beschluss:

1. Eine neue Stelle "Demokratieförderung" bei der Verwaltungsdirektion (2210.00) mit 80 Stellenprozenten, bei Kosten von Fr. 117'245.00 per 1.1.2026 wird mit 13 Ja- zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zum nächsten Geschäft. Es ist die Vorlage 13865, Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle. Die Vorlage wurde mit Stadtratsbeschluss 199-2025 vom 01.07.2025 an den Gemeinderat überwiesen. Die Abnahme der Vorlage in der GRPK erfolgte am 18.11.2025. Wir kommen zum Ablauf: Zuerst die Wortmeldung aus der GRPK durch die Referentin Diana Diaz. Das ist nicht so. Sie wird vertreten durch Marco Brunner. Dann weitere Wortmeldungen aus der GRPK. Wortmeldungen aus dem Stadtrat, Wortmeldungen aus dem Rat und dann die Schlussabstimmung. Ich bitte Marco Brunner als Referent der GRPK ans Rednerpult zu kommen.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner (SVP): *Ja, geschätzter Präsident, ihr müsst euch jetzt leider mit mir vorliebnehmen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat, liebe Gäste, mit der Vorlage 199-2025 vom 1. Juli 2025 hat der Stadtrat, beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, die Schaffung einer neuen Stelle. Namentlich der von der Demokratieförderung. Anlässlich der Sitzung vom 9. September 2025 der GRPK haben der Stadtpräsidentin René Huber sowie der stellvertretende Verwaltungsdirektor Marc Osterwalder uns das Geschäft vorgestellt und die ersten Fragen beantwortet. Besten Dank für eure Zeit sowie die Beantwortung der Folgefragen. Bei der neuen Stelle handelt es sich um eine sogenannte Querschnittsfunktion, da die Förderung von politischer Teilhabe bei vielen anderen Aufgaben der Stadt mitschwingt. Sie wird unter dem Politikfeld Präsidiales angesiedelt und untersteht somit dem Verwaltungsdirektor. Der oder die Inhaberin der Stelle muss aufgrund oder soll aufgrund der komplexen Aufgabe ein Studium im Fachgebiet Sozialwissenschaften haben, sowie eine Weiterbildung im Bereich Partizipation, Meditation und Projektmanagement besitzen. Die Kosten belaufen sich auf 117'245 Franken per 01.01.2026. Die Stimmbeteiligung in der Gemeinde Kloten liegt seit 2005 regelmässig unterhalb des kantonalen Durchschnitts. Wenn wir die jüngste Abstimmung vom letzten Sonntag anschauen, so haben sich 37,5% der Abstimmungsberechtigten daran beteiligt, was gut 10 Prozentpunkte tiefer als der kantonale Durchschnitt ist. Ähnlich hat es letztes Jahr ausgesehen bei der Abstimmung über den Richtplan und Teilrevision der Nutzungsplanung Steinacker, wo sich gerade einmal 39,7% bzw. 41% daran beteiligt haben. An den letzten kommunalen Wahlen 2022 haben sich mit 21,88% gerade mal jede fünfte Person an der Wahl beteiligt. Das Ziel der Demokratieförderung dieser Stelle könnte folgend umschrieben werden. Unterstützung und Weiterentwicklung von partizipativen Anlässen, Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien in Bezug auf Themen der Demokratieförderung, Erhöhung der Stimmbeteiligung in den Stadt Kloten, Förderung der politischen Teilhabe, Förderung digitaler Demokratiekompetenzen, Stärkung des Klotener Wir Gefühls, Förderung der politischen Bildung, Förderung der Chancengleichheit, Inklusion und Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung. Auch werden im Beschluss Massnahmen genannt, die viele Bereiche durchdringen, wo die Stadt bereits wirkt. Das sind jüngst die Anlässe zum Thema Steinacker, Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien, Weiterentwicklung bestehender Anlässe, Weiterentwicklung der Unterlagen zur Wahl und Abstimmung, Förderung der digitalen Demokratiekompetenz sowie Stärkung des Kalotten-Wirrgefühls. Der wichtigste Indikator für die Teilnahme am politischen Geschehen ist die Stimm- und Wahlbeteiligung. Mit kurz- und mittelfristig gezielten Massnahmen sollte die Abweichung zum kantonalen Durchschnitt um bis zu 5% reduziert werden. Langfristig soll das kantonale Mittel erreicht werden. Die Mitglieder der GRPK sind sich, und so glaube ich alle in diesem Raum, einig, dass die Grundlage des Zusammenlebens in der Schweiz sowie in unserer Stadt vom Mitwirken von Bürgerinnen und Bürgern abhängt, da viele Institutionen in der Schweiz ohne Milizsystem nicht funktionieren könnten. Insbesondere die Beteiligung an den politischen Prozessen ist ein zentrales Element unserer demokratischen Kultur, weil sie sicherstellt, dass Entscheidungen breit abgestützt, legitim und im Einklang mit dem Willen der Bevölkerung getroffen werden. Eine Mehrheit der GRPK erachtet es nicht als sinnvoll, die Wahl- und Stimmbeteiligung sowie die Beteiligung an partizipativen Anlässen einer neuen Stelle zu*

überlassen. Die bezogenen Studien im Beschluss des Stadtrats zeigen klar auf, Stimmbeteiligung hängt hauptsächlich von Bildung, Alter, Einkommen, Interessen und Betroffenheit ab, nicht von Stellenprozenten in der Verwaltung. Es ist Aufgabe der Parteien, der Vereine und engagierter Bürgerinnen und Bürger, Menschen für die Politik zu begeistern. Auch sieht eine Mehrheit den Auftrag völlig überladen und realitätsfremd an. So umfasst die Aufgabe alles, was die Stadt bereits macht. Es fehlt jeder Fokus, jede Priorisierung und jede realistische Abgrenzung. Eine Stelle, die eine Ortspartei unterstützen soll, wie im Massnahmenkatalog beschrieben, könnte zudem zu einem ungewollten Nährverhältnis zwischen Verwaltung und Politik führen. Daher empfiehlt eine Mehrheit der GRPK am Gemeinderat, die Vorlage abzulehnen. Beste Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Marco Brunner. Ich mache noch eine Klarstellung, warum Diana Diaz nicht als Dossierführerin, die in der GRPK das Geschäft vertreten hat, das Geschäft als Referentin für die GRPK vertreten. Es geht darum, dass sie gerne für die Minderheit reden will, und das wird sie jetzt gerade machen. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Diana Diaz, Grüne.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Diana Diaz (Grüne): *Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, die Grundlagen zum Geschäft wurden von meinem Vorredner Marco Brunner bereits ausführlich erläutert. Eine Minderheit der GRPK kommt jedoch auf Basis der gleichen Grundlagen zu einem anderen Schluss. Die Förderung der politischen Teilhabe ist anspruchsvoll. Es braucht erhebliche Grundlagenarbeit, um Erfolg bei der Förderung der Demokratie und der politischen Teilhabe zu erzielen. Darum sind wir der Meinung, dass es eben nicht reicht, die Aufgabe weiterhin nebenbei verteilt über verschiedene Abteilungen wahrzunehmen. Eine solche Querschnittsaufgabe lässt sich nicht einfach schnell, schnell und nebenbei lösen. Wenn wir die Thematik systematisch angehen wollen und die tiefe Stimme und Wahlbeteiligung ernst nehmen wollen, dann braucht es dafür entsprechende Ressourcen, Koordination und Professionalität. Neben der Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung der Stimmberechtigten ist auch die politische Partizipation der nicht stimmberechtigten Menschen Bestandteil des Stellenprofils. In Kloten macht die Gruppe der minderjährigen Einwohner:innen ohne Schweizer Pass und Menschen in umfassender Beistandschaft rund die Hälfte der Bevölkerung aus. Es ist wichtig, auch Gefässe für diese Hälfte der Bevölkerung zu fördern. Gerade bei der politischen Bildung von Jugendlichen besteht ein grosses Potenzial. Da könnte der Aufbau eines lokalen Jugendparlaments nach erprobten Best-Practice-Modell zusammen mit Schulen, Parteien und anderen Vereinen lanciert werden. Die Einbindung von Jugendlichen könnte langfristig zu einer stärkeren emotionalen Verbindung mit der Gemeinde führen und so auch langfristig einen Einfluss sowohl auf die Stimm- und Wahlbeteiligung als auch auf die Verbundenheit mit der Stadt haben. Solche Aufgaben entstehen nicht von alleine und dürfen nicht ins Leere laufen, weil Zeit, Fachwissen oder Koordination fehlen. Darum empfiehlt eine Minderheit der GRPK dem Gemeinderat, diese Vorlage zu unterstützen. Danke für die Aufmerksamkeit.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wie gesagt, ich habe ja vorhin gesagt, eine Wortmeldung aus der GRPK. Und dann war es klar, dass das für die GRPK ist. Ich möchte einfach, dass die Leute auch in der Zuschauertribüne wissen, welche Partei diese Person vertritt. Mir ist das wichtig. Danke vielmals. Wortmeldungen aus dem Stadtrat. René Huber.*

Stadtpräsident, René Huber: *Herr Präsident, geschätzte Anwesende, seit Jahren, seit vielen Jahren liefern sich Kloten und Opfikon das Kopf-an-Kopf-Rennen um den letzten oder gegen den letzten Platz in der Stimmbeteiligung des Kantons Zürich. Und seit vielen Jahren liegt man mir in den Ohren, "Mach doch endlich mal etwas, unternimm etwas." Ja, es waren sogar bis an die Forderungen fast Drohungen. Und ich muss Ihnen sagen, der Stadtpräsident kann die Bevölkerung nicht an die Urne prügeln. Er kann nicht vorschreiben, ihr müsst abstimmen. Wir haben uns aber im Stadtrat überlegt, was wir machen können. Wir haben die Vorlage ausgearbeitet. Und ich glaube, diese Vorlage wäre eine Chance, um langfristig an diesem Missverhältnis in Kloten etwas zu ändern. So wie es jetzt aussieht, hat diese Vorlage keine Chance. Ich möchte einfach festhalten, ich*

erachte das als eine verpasste Chance. Aber, mein Demokratieverständnis sagt gleichzeitig, ich akzeptiere natürlich das Resultat.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, René Huber. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Dominique Chambettaz, Mitte.*

Die Mitte Fraktion, Dominique Chambettaz: *Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesende. Wir begrüssen, dass der Stadtrat die Stimmbeteiligung erhöhen will. Aber für uns ist die neue Stelle nicht die richtige Lösung. Wählen bleibt eine persönliche Freiheit. Wähler sollten nicht mit ihrem eigenen Steuergeld motiviert werden, um ihr Wahlrechte zu nutzen. Zudem gibt es schon viele Kommunikationskanäle und Anstrengungen auf übergeordneten Ebenen die regelmässig gebraucht werden. Neben der Partei, der Stadt, dem Kanton oder dem Bund gibt es gemeinsam übergreifende Kampagnen wie www.deinegemeindebrauchtdich.ch, die das Milizsystem mit tiefer Hemmschwelle stärker wollen. Die Mitte Kloten wird diesem Geschäft nicht zustimmen. Danke.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Dominique Chambettaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Roman Walt, GLP.*

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, ich werde ein bisschen ausführlicher. Ich kann aber versprechen, beim Budget halte ich mich dann kurz. Meine Fraktion und ich, wir haben es uns beim vorliegenden Geschäft nicht leicht gemacht. Wir glauben an eine offene, freie Gesellschaft, in der jede und jede die Möglichkeit hat, sich aktiv einzubringen, politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Die Voraussetzungen sind ja eigentlich da. Wir haben in der Schweiz mit der direkten Demokratie Instrument und Möglichkeit, uns als mündige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mehrmals im Jahr zu äussern, zu den Themen und zum Geschäft abzustimmen, Initiativen und Petitionen vorzubringen. Wir sind das Land der Vereine, wir engagieren uns ehrenamtlich. Und doch, und ich glaube, das spüren wir alle, ist etwas im Wandel. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wir haben es vom Stadtpräsidenten vorher gehört, nehmen ihr Recht auf Äusserung von ihrem politischen Willen nicht wahr und bleiben der Urne fern. Der GRPK-Kaufsprecher hat es gesagt, am Sonntag waren es knapp zwei Drittel, die nicht an die Urne gegangen sind. Und bei den Wahlen von vier Jahren waren es 80 Prozent, die nicht gewählt haben. Also inwiefern das jetzt wirklich breit abgestimmt und der Wille der Bevölkerung ist, dass wir dasitzen, ich stelle das in Frage. Immer mehr Vereine haben Probleme, Mitglieder und Funktionäre zu finden, immer mehr ehrenamtliche Verantwortung liegt auf immer weniger Schultern. Zudem wird unsere Gesellschaft immer älter, immer individueller, immer mobiler, immer schneller. Das Interesse, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen, nimmt objektiv ab. Polarisierung nimmt zu. Vertrauen in die Institutionen nimmt ab. Die Unzufriedenheit mit Politik und Verwaltung nimmt zu. Und das nicht erst seit der Corona-Pandemie. Man zieht sich hinter Meinungsblasen und Mauern zurück. Es heisst, unsere Leute gegen die anderen. Das Miteinander wird immer schwieriger. Der Blick über die Grenzen der Schweiz zeigt, in welche Richtung, und für die freie Demokratie gefährliche Richtung, die Trends führen. Wir von der GLP glauben daran, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, dass wir alle, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung, daran arbeiten müssen, die nicht immer einfache, aber umso wertvollere, weil die einzig wirklich freie Staatsform zu erhalten. Insofern ist nachvollziehbar, dass der Stadtrat Partizipation in allen städtischen Projekten ermöglichen will, steht so in der Strategie Kloten 2030, und dazu jetzt ebenso eine Querschnittsstelle zur Förderung von Demokratien schaffen will, um Demokratie und Partizipation in allen Bereichen prominenter und professioneller zu ermöglichen. Soweit so nachvollziehbar und René Huber hat es ja gesagt, es muss etwas gemacht werden. Jetzt kommt das grosse Aber. Ob das Ermögliche von mehr Partizipation und Demokratie durch das Geschäft, so wie es im Gemeinderat überwiesen worden ist, wirklich gestärkt wird, ist alles andere als sicher. Die neue Stelle ist ein Sammelsurium an Themen und Optionen, die abgedeckt werden sollten, sowohl verwaltungsintern als auch im Austausch mit der Bevölkerung. Aus Sicht der GLP wäre es zielführender gewesen, sich zuerst einmal auf ein, zwei Themen zu fokussieren, die Stand heute noch zu wenig abgedeckt werden oder abgedeckt werden könnten. Sich dort zu konzentrieren und da ist ein sinnvolles Profil mit*

klaren Indikatoren zur Leistungsmessung, wir haben es beim Hegnerhof gehört, wie wichtig das ist, zu definieren. Der Stadtrat hat aber entschieden, alles abdecken zu wollen, über eine unbefristete Stelle mit dem einzigen Ziel, die Wahlbeteiligung näher an das kantonale Mittel zu bringen. Dass ein solches Vorgehen nicht gut gehen kann, das sollte dem Stadtrat eigentlich, und vor allem auch dem abtretenden Stadtpräsidenten, er ist doch schon lange genug im Amt, eigentlich klar gewesen sein. Mit einem solchen Vorgang gewinnt man in diesem Rat keine Mehrheit und auch die GLP als sachorientierte Partei aus der echten politischen Mitte hat einige Mühe, diese Vorlage in der vorliegenden Form zu unterstützen. Wir wollten uns aber nicht der parlamentarischen Arbeit am Geschäft verweigern und haben uns überlegt, wie man das erwähnte Profil schärfen könnte und wo man den Fokus setzen könnte. Eben, analog Hegnerhof. Einmal mehr haben wir uns eingesetzt und versucht Kompromisse zu finden. Einmal mehr sind wir auf der linken Ratsseite, wir haben es in der Minderheitsmeinung gehört, welche sehr offen ist für die neue Stelle Demokratieförderung und das auch weiterhin ist, dort sind wir auf Gesprächsbereitschaft gestossen, um einen Kompromiss zu schaffen und eine mögliche Mehrheit zu finden. Und einmal mehr ist von der rechten Ratsseite nichts gekommen. Einen konstruktiven Vorschlag, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen und den Fokus auf Jugendliche und junge Erwachsene zu legen, wir haben die Bedeutung dieser Gruppe von der Minderheitssprecherin der GRPK gehört, das Pensum der Stelle zu reduzieren und die Stelle zuerst auch zu befristen als Pilotprojekt, das haben wir in die Fraktionen gebracht, über die Kommissionen und wären bereit gewesen, an der Formulierung und am Fokus weiterzuarbeiten. Die Mehrheiten und die Meinungen sind aber, das war Ende Oktober, ich vermute eher früher, bereits gemacht gewesen, SVP, FDP und Mitte haben kein Interesse gezeigt, aktiv und konstruktiv mitzuarbeiten. Wir hätten den Rückweisungsantrag, den wir ausformuliert haben, trotzdem stellen können, in der Kommission oder auch hier im Rat, heute für die Galerie, das wäre sicher spannend gewesen für die Öffentlichkeit. Aber was bringt das, wenn die Meinungen und Mehrheiten so klar sind? Wir werden die Argumente gegen die Stelle, von der Mitte haben wir es schon gehört, das werden noch mehr kommen und wir noch ausführlicher hören, die Stadt muss neutral sein, ist ja beim Thema Wohnen auch so. Demokratieförderung ist Sache der Parteien, Jugendliche, junge Erwachsene sind vielleicht die falsche Zielgruppe, aber wer weiss, was da alles noch kommt. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein eigentlich guter Kompromiss, ein gut gemachter Vorschlag, ein gut gemachter Rückweisungsantrag nicht. Was bleibt noch übrig? René Huber hat es vorweggenommen, nicht viel. Es ist schade, dass der Stadtrat und eben insbesondere der Stadtpräsident das Geschäft in dieser Form als absehbarer, und ich entschuldige mich für die Wortwahl, Rohrkrepierer in den Rat gebracht haben. Es ist schade für das Thema, es ist schade für die Relevanz und irgendwie auch schade für den Abschluss von einer langen politischen Karriere. Ich hoffe sehr, dass der Stadtrat in der neuen Legislatur und in neuer Besetzung das Thema vielleicht nochmal aufgreift und zielführender gemeinsam mit den Fraktionen, vielleicht schon im Vorfeld, angeht. Wie es geht, das hat das Geschäft zum Hegnerhof vorher eindrücklich gezeigt und die GLP ist jederzeit bereit, konstruktiv mitzuarbeiten, egal bei welchen Themen und Geschäften. Da die GLP die Minderheitsmeinung der GRPK stützt und den Wert der Stelle Demokratieförderung erkennt und als wichtig erachtet, werden wir, auch wenn wir wie gesagt nicht ganz einig sind oder nicht ganz sicher sind, ob der Aufbau und Inhalt des Geschäfts so zielführend ist, das Geschäft in der vorliegenden Form trotzdem unterstützen. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Thomas Schneider, SVP.*

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: *Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, verehrte Ratsleitung, Ratskolleginnen und Kollegen, verehrte Stadtrat und geschätzte Pressevertreter. Ich bin jetzt gerade ein bisschen hin und hergerissen, ob ich zuerst auf das Votum von Roman Walt eingehen oder ob ich meinen Speech herunterlesen soll. Ich fasse das mal so zusammen, was hier gemacht werden sollte, klingt eigentlich gut, es klingt sogar sehr verlockend und es klingt auch sehr anziehend. Das Verständnis der Leute für demokratische Prozesse anzukurbeln, das macht durchaus*

Sinn, das wollen wir eigentlich alle, weil schliesslich ist der Stuhl auf dem, wo wir sitzen, das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. Also es kommt eigentlich auch uns allen entgegen, wenn ein Verständnis für die demokratische Arbeit gefördert wird. Ich habe da durchaus sehr viel Verständnis für die Minderheit der GRPK. Wenn man die Grundlagen kurz analysiert, die Wahlbeteiligungen sinkt kontinuierlich seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts und die Jungen haben keine Lust mehr auf Demokratie. Ich meine, wir könnten jetzt spasseshalber in unseren Reihen mal schnell eine demografische Aufstellung machen. Da sind wahrscheinlich der Kollege Max Töpfer und einige Junge aus der linken Seite die löbliche Ausnahme, die bereits als 17-Jährige in den Wahlkampf gegangen sind, dass sie dann als 18-Jährige gewählt werden können. In meiner Fraktion waren einige in der Jungen SVP und viele andere sind auch schon länger aktiv. Und Diana soll da auch nicht unerwähnt bleiben. Aber Junge kommen schon extrem wenig nach in den politischen Prozessen. An was das liegt? Glaubt mir, wenn ich es wüsste, dann hätte jede Partei da mehr Mitglieder. Aber das haben wir bei Marco Brunners im Speech schon gehört. Wenn es Klotener interessiert, dann gehen sie abstimmen. Dann kommen die Leute an die Urne. Und die Wahlbeteiligung von 40 Prozent, ja, ist jetzt nicht das mega Ergebnis, aber es ist okay. Inhalt von den Stellen, wir haben es gehört, Weiterentwicklung Landsgemeinde. Wir haben da einmal eine Kulturstelle bewilligt. Ich bin der Meinung, da hätten wir eine klipp und klare Abmachung gehabt, was wir dort erwarten. Nämlich, dort war auch das Thema Landsgemeinde. Bis jetzt habe ich noch nicht viel von dem gehört. Vernetzung der Stadt und der Parteien. Meine Telefonnummer als Präsident der SVP, die findet man wahrscheinlich noch relativ einfach aus. Also wenn sich jemand mit mir vernetzen will, dann sollen wir doch einfach anrufen. Und Erhöhung der Stimmbeteiligung, der ist recht attraktiv geschrieben, aber jetzt orientiert man sich an einem kantonalen Mittel und nicht an einer absoluten Zahl. Was passiert jetzt, wenn sich das Mittel verschiebt? Ändern sich dann auch unsere Ziele? Also da muss man sich schon überlegen, wie man die ganzen Indikatoren schlussendlich macht. Und wenn Infoanlässe nicht besucht werden, weil die Leute nicht wissen, dass es sie gibt, ich meine, wir können die Leute nicht zwingen, Zeitung zu lesen. es ist einfach schwierig, die Leute haben kein Interesse mehr, ihre Rechte wahrzunehmen. Wir haben das Thema Förderung von Demokratiekompetenz und politischer Bildung, das ist das Wir-Gefühl, das ist auch in dieser Stelle drin und da bin ich ganz klar der Meinung, das ist unsere Aufgabe, und zwar jedem Einzelnen hier drin. Man könnte hier spasseshalber der Stadtverwaltung einfach einen Einzahlungsschein für 110'000 Franken schicken und das Geld dann untereinander in den Parteien verteilen und einen aktiven Wahlkampf machen. Wäre mal eine kreative Idee. Ich bin nicht sicher, ob das gut kommt, weil wir haben ja das Wort Wir-Gefühl, das nach einer gewissen politischen Couleur klingt. Was mich ein wenig wütend macht, ist, dass ich sehe, dass die Person für die Aktivierung von Schülerinnen und Schülern verantwortlich wäre. Wir hatten hier einen sehr guten Vorschlag und eine sehr gute Idee. Der Roman Walt hat das vorgebracht mit den Gemeinderäten im Schulzimmer. Irgendwie ist die Liste der Gemeinderäte, die sich bereit erklären, in der Oberstufenklasse das demokratische System zu erklären, irgendwie ist die bis zu mir nicht gekommen. Also irgendwo hängt das. Entweder ist das irgendwo in der Gemeinderatsreihe versandet. Ich helfe dort gern, dass wir das wieder anschieben können. Und sonst ist es vielleicht auf der Dachterrasse vom schönsten Schulhaus vom Kanton Zürich irgendwie zerredet worden, vom Schulpräsidenten. Ich weiss es nicht. Aber vielleicht wäre das eine Idee, wie wir wenigstens einen Teil dieser ganzen Idee wieder zum Laufen kriegen könnten. Bei einem entscheidenden Detail unterscheiden sich die Haltung der SVP und die Haltung der Minderheit der GRPK. Die SVP lehnt die zusätzliche Stelle ab, und zwar mit der ganz klaren Begründung, es ist nicht die Aufgabe der Verwaltung, sondern von uns allen, das Demokratieverständnis zu fördern. Dafür sind wir unter anderem auch gewählt. Es ist unsere Aufgabe mit unseren Leuten in Kontakt zu treten. Und damit meine ich explizit nicht unsere Leute im Sinne von mit einem Herz rundherum, sondern unsere Leute, die draussen unterwegs sind, die Interesse haben an dieser Stadt, die jetzt auch hier oben sitzen. Und jede Partei hat ihre Wählerinnen und Wähler und schlussendlich irgendwo auch eine Verpflichtung, um nach den Wahlen etwas zurückzugeben und nicht einfach nach drei oder vier Jahren nichts mehr wachen. Das ist das Verständnis von Demokratie,

das wir haben und das ich habe. Ich hoffe sehr stark, dass die Parteien, die nach unserem Verständnis Kernkompetenz an die Verwaltung auslagern, sich auch sehr stark überlegen, wofür sie von ihren Wählern gewählt worden sind. Weil wenn die Verwaltung die Politik anfängt zu machen, dann brauchen wir diese Politiker hier nicht mehr. Dann können wir es nämlich in der Verwaltung suchen. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Thomas Schneider. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Bert Horvath, EVP.*

EVP-Fraktion, Bertalan Horvath: *Werte Ratsleitung, werte Anwesende, in der Vorlage Demokratieförderung sind neun Ziele definiert. Als neuntes und letztes Ziel wurde die Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung (Sensibilisierung demokratischer Werte) definiert. Das steht an der letzten Stelle, das ist kein Vorwurf, nur eine Feststellung. Aber Tatsache ist, dass das Anliegen, der neunte Punkt, weder in dem Argumentarium noch in den Diskussionen, überall wo die stattgefunden hat, im Fokus war. Es geht eigentlich vor allem um Wahlen, Wahlbeteiligung, Abstimmungen, Zahlen. Wir von der EVP befürworten die Annahme dieser Vorlage. Ich möchte mich vor allem für den erwähnten Aspekt stark machen, warum ich den befürworte. Es tut Not, dass wir unseren Blick mal ganz kurz erweitern, weg von Kloten, über Kloten hinweg. Wir sehen es ausserhalb der Schweiz, es gibt jede Menge extremistische Ströme. Die Demokratie wird torpediert, abgebaut. Es sind diktatorische Tendenzen. Beim grossen Kanton auf der anderen Seite der Grenze können wir nur entsetzt zuschauen, wie die extremistischen Ströme am Boden gewinnen. Und wir können uns nur an den Kopf fassen, wie das nur passieren kann. Oder über den Teich auf der anderen Seite des Atlantiks sind sie kurz davor, das Land in eine faschistische Diktatur zu überführen. Die Demokratie wird mit Füssen getreten, sogar noch mehr. Dort wird sie sogar richtig zerrtrampelt. In der Schweiz ist es noch nicht so weit. Zum Glück ist es bei uns noch nicht so weit. Aber die Betonung ist auf noch nicht. Es ist eine Frage der Zeit, bis wir auch irgendwann daran arbeiten müssen und anfangen müssen abzuwehren. In Deutschland ist der Salat bereits angerichtet. In den USA ist die Katastrophe schon beinahe perfekt. Wir sind einfach schockiert, wie schnell so etwas gehen kann. Es ist die Frage, ob wir mit der Demokratieförderung warten, bis wir uns auch in grösseren Problemen wiederfinden und uns mit Extremismus konfrontiert sehen und dann versuchen, den Schaden zu begrenzen. Wäre es nicht besser vorzubeugen und die Bevölkerung für die demokratischen Werte zu sensibilisieren. Unsere Demokratie in der Schweiz ist einer von unseren aller grössten Schätzen, meine Meinung. Und es gilt, darüber zu wachen und diesen auch entschlossen zu schützen. Der neunte Punkt, Sensibilisierung demokratischer Werte, ist das, was wir brauchen, dass die Leute sehen, was wir für einen Schatz wir in den Händen haben, den wir in der Schweiz haben. Die Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung, was es bedeutet, das sollten wir vermitteln. Nicht nur Zahlen, nicht nur Wahlzahlen, das ist auch gut, bin voll dafür, aber die Gesinnung, die Wertschätzung gegenüber unseren Werten, das sollten wir fördern und das ist eines der Ziele dieser Demokratiestelle und darum plädiere ich dafür, diese Stelle zu bewilligen und den Fokus mehr auf die Sensibilisierung der demokratischen Werte ins Zentrum zu rücken und diese vielleicht nicht an die letzte Stelle zu setzen, sondern das zu fördern, damit sich dieses Gedankengut, diese Werte auch in den Köpfen wiederfindet. Wir machen das Richtige, wenn wir die Stelle bewilligen. Die 132'000, das sind zwei Positionen, sind gut investiertes Geld. Dankeschön.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Bert Horvath Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Sigi Sommer, SP.*

SP-Fraktion, Sigi Sommer: *Geschätztes Präsidium, liebe Anwesende hier oben auf der Tribüne und hier unten im Ratssaal, danke vielmals Bert, du sprichst mir aus dem Herzen. Wir von der SP schliessen uns den vorgehenden Voten für diese Vorlage an. Es ist nämlich schon eigentlich bedenklich, dass meistens die eingebürgerten Schweizer aus dem FF wissen sollten, wie man wählt und wie man abstimmt. Denn eigentlich sollte jeder wahlberechtigte Schweizer stolz zu seinem Wahlkuvert greifen, sobald es im Briefkasten liegt. Es ist ein Privileg, dass wir die direkte Demokratie hier in der Schweiz leben dürfen. Und diese Demokratie muss bewahrt und gefördert werden. Eine zentrale, überparteiliche*

Demokratieförderungsstelle ist dringend nötig, da wir als Parteien einfach aus politischen Gründen an unsere Grenzen stossen, um alle Wahlberechtigte zu erreichen. Was ist denn auch mit den Parteilosen? Genau diese müssen wir auch ins Boot holen. Vielleicht müsste auch bereits in der Schule noch mehr praktisch und pragmatisch auf das politische Erwachsenenleben vorbereitet werden. Wir, die SP, sind ganz klar für diese Vorlage. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Sigi Sommer. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Willi Bühler, FDP.*

FDP-Fraktion, Willi Bühler: *Sehr geehrter Ratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, es geht um die Vorlage 13865; Demokratieförderung; Schaffen für eine neue Stelle. Mit dieser Vorlage will der Stadtrat einen Demokratieförderer anstellen, mit dem Ziel, die politische Teilhabe der Bevölkerung der Stadt Kloten zu verbessern. Dies soll durch diverse Massnahmen erfolgen. Doch für uns als Partei ist es wichtig, die FDP sieht und anerkennt das Problem der tiefen Stimmbeteiligung. Wir brauchen aber wirklich nicht Symbolpolitik und neue Verwaltungsstellen. Aber der Vorschlag einer Lösung, die hier eine neue 80%-Stelle ist, das löst das ganze Problem eben auch nicht. Eine Messbarkeit über den Erfolg ist auch nicht gegeben. Realistisch gesehen ist Kloten in einer schwierigen Situation. Wir haben eine sehr hohe Fluktuation, ca. 10% im Jahr. Wir haben einen hohen Ausländeranteil, eine sehr heterogene Bevölkerung und vor allem zahlreiche Eingebürgerte, die politisch kaum verankert sind. Das Veranstaltungsprogramm der Stadt ist heute schon sehr gross, wird aber kaum genutzt. 85 Prozent der Bevölkerung hat laut Nachbefragung an keinem einzigen Partizipationsanlass teilgenommen. Wir haben jetzt also festgestellt, in den Quartierapéros, die bereits stattgefunden haben, dass sehr wenige teilgenommen haben. Das sind mehrheitlich um die 20 bis 30. Und wenn man dort noch unsere Kollegen abzieht, Gemeinderat, Stadtrat, Stadt selber, sind es vielleicht noch etwa 10 Personen gewesen, 10 bis 15 aus privaten Kreisen. Also lässt sich das Grundproblem nicht lösen und auch nicht ändern. Bevor Wirkung erzielt werden kann, müssen die neuen Personen erst Kloten kennenlernen, Strukturen aufbauen und Netzwerke bilden. Und das dauert einfach zu lange. Das Projekt trägt ein grosses Risiko und wird zu einem reinen Selbstzweck werden, mit einem minimalen Einfluss auf die Stimmbeteiligung. Ich erlaube mir die Kernaussage von uns von der Partei, das Verhalten der Bevölkerung lässt sich damit mit mehr Verwaltung nicht ändern. Dann kommen wir noch zu den Kosten. Für die 80 Prozentstellen, wie man auch schon gehört hat, werden ab 2026 jährlich rund 117'000 Franken veranschlagt. Angesichts der unklaren Wirkung ist die Investition unverhältnismässig. Viele der geplanten Aufgaben gehören aus liberaler Sicht nicht in die Verwaltung, das haben wir eben schon gehört, sondern es sind klare Aufgaben von Politik und Parlament. Und da muss ich einfach sagen an unsere lieben Kollegen hier drinnen, wir dürfen nicht nur lafern, wir müssen auch liefern. Und da kann ich einfach sagen, da geht jetzt auch unsere Partei, die FDP, mit grossen Schritten voraus und mit gutem Beispiel voran. Wir sind sehr stark auf Social Media vertreten und wir dürfen, glaube ich, auch sagen, zurzeit an jedem Quartierrapport recht stark vertreten. Also, machen wir weiter und schauen, dass wir jetzt zu einem Ziel kommen und dass wir möglichst hoffentlich viele Leute noch an die letzten Quartierapéros, oder an das letzte bereits, und noch nicht im Stadt, im Schluefweg oben, an die Veranstaltung bringen können. Eine Ausweitung der Verwaltung in politischer Funktion widerspricht dem liberalen Staatsverständnis und gefährdet die klare Gewaltentrennung. Das birgt das Risiko von politischen Einflussnahmen durch Verwaltungsstellen, Kompetenzüberschreitung und unnötigen Aufbau von neuen Strukturen. Zudem besteht Gefahr, Erwartungen zu wecken, die die Verwaltung nicht erfüllen kann, noch erfüllen sollte. Das Fazit aus liberaler Sicht ist der vorgeschlagene Weg falsch. Und warum? Er vergrössert die Verwaltung, ohne die Ursache der tiefen Stimmbeteiligung zu beheben. Er vermischt politische und administrative Aufgaben. Er bindet Steuergelder, ohne nachweisbare Mehrwert zu garantieren. Der Staat soll sich nicht in die Demokratie einmischen. Die FDP, die liberalen Kloten, lehnt die Arbeit zur Schaffung von einer neuen Stelle, Demokratieförderung, ab. Danke für die Aufmerksamkeit.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Willi Bühler. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Schlussabstimmung. Der Beschluss lautet folgendermassen: Eine neue Stelle Demokratieförderung bei der Verwaltungsdirektion 2210.00 mit 80 Stellenprozent bei Kosten von 117'245 Franken wird per 01.01.2026 genehmigt. Wer dem Geschäft zustimmen will, soll das mit Aufstehen bezeugen. Wer das Geschäft ablehnen möchte, soll es ebenfalls mit Aufstehen bekunden. Gibt es Enthaltungen? Das Geschäft 13865; Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle wird mit 19 zu 13 Stimmen abgelehnt. Wir würden jetzt 15 Minuten Pause machen, bevor wir zu den Budget- und Steuerfussdebatten kommen. Ich muss noch schnell auf die Uhr schauen. Das würde heissen, dass wir uns um 20 Uhr wieder hier treffen.*

02.12.2025 Beschluss Nr. 142-2025

9.0.2 Budget

Budget 2026 / Finanzplanung 2025-2029; Abnahme

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. Das Budget 2026 der Politischen Gemeinde Kloten wird genehmigt.

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr.	259'830'612
	Gesamtertrag	Fr.	259'886'682
	Ertragsüberschuss	**Fr.**	**56'070**
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Ausgaben	
Verwaltungsvermögen	Fr.	51'028'796	
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	129'276
	Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen		**Fr. 50'899'520**
Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	910'000
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	-
	Nettoinvestitionen Finanzvermögen	**Fr.**	**910'000**

2. Der Steuerfuss wird auf 100 % (Vorjahr 100 %) des einfachen Gemeindesteuerertrags festgesetzt.

Einfacher Gemeindesteuerertrag (100 %)			Fr. 139'300'000
Steuerfuss			100%
Erfolgsrechnung	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr.	139'243'930
	Steuerertrag bei 100%	Fr.	139'300'000
	Ertragsüberschuss	**Fr.**	**56'070**
	Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss/-fehlbetrag zugewiesen.		

Beschluss Gemeinderat:

Gestützt auf den Antrag des Stadtrats 295-2025 vom 30. September 2025, auf Art. 19 Abs. 1 lit. a) und b) der Gemeindeordnung, den Antrag der GRPK und die Diskussion im Rat beschliesst der Gemeinderat:

1. Das Budget der Stadt Kloten für das Jahr 2026, bestehend aus Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung, wird mit den folgenden Änderungen, über die einzeln und z.T. in Sammelanträgen abgestimmt wurde, einstimmig genehmigt:

   Ertragsrechnung

   1220.71 3636.00 Freiw. Beitrg. Sport (3410) / Beitrg an private Org. ohne Erwerbsz. CHF 50'000

   2210.00 3010.00 Stelle Demokratieförderung CHF 117'245

   2210.00 3130.00 Budget für beantragte Stelle Demokratieförderung CHF 15'000

   3210.00 3010.00 Logistik (Zent. Dienste) / Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal CHF -44'452

   3210.00 3050.00 Logistik (Zent. Dienste) / AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwalt. CHF -3'175

   3210.00 3052.00 Logistik (Zent. Dienste) / AG-Beiträge an PensionskassenCHF -5'391

   3210.00 3053.00 Logistik (Zent. Dienste) / AG-Beiträge an Unfall- und Personalvers. CHF -459

   3210.00 3054.00 Logistik (Zent. Dienste) / AG-Beiträge an Familienausgleichskasse CHF -516

   3222.38 3300.60 Abschreibungen Sport, Mobilien CHF 12'500

   3222.38 3300.60 Abschreibungen Sport, Mobilien CHF 15'000

   6230.11 3171.00 B + K / Exkursionen, Schulreisen und Lager PrimarschulstufeCHF -9'000

   6231.02 3104.00 B + K / Sekundarstufe, Lehrmittel CHF 2'200

   6231.32 3110.00 B + K / Sekundarstufe Nägelimoos, Anschaffung BüromöbelCHF 5'000

   6231.32 3130.00 B + K / Sekundarstufe Nägelimoos, Dienstleistung DritterCHF -2'250

   6230.01 3130.00 B + K / Primarschulstufe, Dienstleistung Dritter CHF 1'000

   6231.02 3130.00 B + K / Sekundarstufe, Dienstleistung Dritter CHF -1'000

   7230.20 3111.00 Stighag (3410) / Ansch. Apparate, Masch., Geräte, Fahrz., Werkz. CHF -53'000

   7230.20 3119.00 Stighag (3410) / Ansch. Apparate, Masch., Geräte, Fahrz., Werkz. HF 53'000

   7230.20 3130.00 Stighag (3410) / Dienstleistungen Dritter CHF 48'000

7240.10 3151.00 Stadion (3410) / Unterhalt Apparate, Masch., Geräte, Fahrz., Werkz. CHF 45'000

7240.10 3111.00 Stadion (3410) / Ansch. Apparate, Masch., Geräte, Fahrz., Werkz. CHF 18'000

Total ER CHF

262'702

Investitionsrechnung

3410.5060.011	Schluefweg, Videoüberwachung	CHF 100'000
3410.5060.075	Eissportzentrum, Eintrittskontrolle	CHF 120'000

Total IRCHF

220'000

Abgelehnte Anträge

7240.10 3111.00 Stadion (3410) / Ansch. Apparate, Masch., Geräte, Fahrz., Werkz.
CHF 9'000

Der Gegenantrag der SP zum Antrag der GRPK (CHF 18'000) wurde mit 11 zu 21 Stimmen abgelehnt.

2. Nach diesen Änderungen stellen sich Gesamtaufwand und –ertrag wie folgt dar:

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr.	259'567'910
	Gesamtertrag	Fr.	259'886'682
	Ertragsüberschuss	**Fr.**	**318'772**
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Ausgaben	
Verwaltungsvermögen	Fr.	50'808'796	
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	129'276
	Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen		**Fr. 50'679'520**
Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	910'000
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	-
	Nettoinvestitionen Finanzvermögen	**Fr.**	**910'000**

3. Der mutmassliche Netto-Gemeindesteuerertrag zu 100% wird auf CHF 139'300'000 festgesetzt.

4. Der Steuerfuss wird auf 100% festgesetzt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zur Vorlage 13678; Budget und Steuerfuss 2026; Abnahme. Mit dem Beschluss 295-2025 vom 30. September 2025 beantragt der Stadtrat am Gemeinderat das Budget 2026 der politischen Gemeinde Kloten zu genehmigen und den Steuerfuss auf 100%, im Vorjahr ebenfalls 100%, des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen. Der Ablauf sieht folgendermassen aus: 1. Grundsatzdebatte, 2. Einzelberatung, Budget 2026, 3. Steuerfussdebatte, 4. Bereinigung Steuerfuss 2026, 5. Schlussabstimmung Steuerfuss 2026, 6. Rückkommen, 7. Schlussabstimmung Budget 2026.*

Grundsatzdebatte

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zur Grundsatzdebatte. Ich gebe das Wort an den Präsidenten der GRPK Peter Nabholz (FDP).*

Präsident Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Peter Nabholz: *Ja, jetzt habe ich einen anderen Hut an - herzlich willkommen in den zweiten Teil, liebe Ratsleitung, Ratskolleginnen, Kollegen, Geschäftsleitung, Verwaltung, Gäste und Medien. Das Klotener Budget 2026, die vom Stadtrat beschlossene Fassung vom 30. September 2025 vor den möglichen Anpassungen der GRPK, zeigt einen Ertragsüberschuss von 56'070 Franken, inklusive einer Einlage in die finanzpolitische Reserve von einer Million. Im Budget 2026 ist gegenüber dem letzten Jahr mit 4 Millionen nur noch 1 Million knapp möglich. Der Gesamtaufwand des vom Stadtrat bewilligten Budgets beträgt 259'830'612*

Franken und im Gesamtertrag 259'886'682 Franken. Damit resultiert der eben erwähnte Ertragsüberschuss von 56'070 Franken. Das von der GRPK präsentierte geänderte Budget 2026 weist informativ folgende Eckdaten aus. Bei einer Aufwandminderung von 381'945 Franken und einer Aufwanderhöhung von 119'243 Franken weist das Total mit den 21 Anträgen der GRPK einen Betrag von 262'702 Franken aus. Mit dem budgetierten Ertragsüberschuss von 56'070 Franken ergibt sich vor der Abstimmung ein Änderungstotal von 318'722 Franken als neuen Ertragsüberschuss. Die geplanten Nettoinvestitionen für das Budget 2026 verändern sich im Verwaltungsvermögen auf 50'899'520 Franken. Im Vergleich dazu sinken diese um 12,4 oder 7,2 Millionen Franken. Die geplanten Nettoinvestitionen im Finanzvermögen belaufen sich auf 910'000 Franken. Die GRPK unterstützt den Stadtrat, welcher weiter an seiner langfristigen Strategie zum Erhalt der Substanz in den öffentlichen Infrastrukturen, welche uns besonders im Schulhausbau am Nägi oder auch, seit dem letzten Wochenende, neu bei der Erweiterung und Umbau des Pflegezentrums im Spitz und der Sanierung und Erweiterung im Hallenbad, respektive mit den bunten Kosten vom gesamten Zentrum Schluefweg, weiterhin begleitet wird. Wenn Gesamtausgaben von allen Investitionen, es werden vom Stadtrat nur die mit der Priorität 1 genannt, wir haben weiter hinten auf der Prioritätenliste in der GRPK noch verlangt, besten Dank dafür, wenn die in der Prioritätsstufe 1 genannten Investitionen, das ist im Budget 2025 über das nächste Jahr angeschaut werden, resultiert in einem Betrag von ca. 347 Millionen Franken. Im Vergleich zum letzten Jahr ein bisschen weniger. Die grössten Projekte, ich nenne immer Gesamtkosten, also die gebunden und die nichtgebunden, sind der geplante Neubau der Energiezentrale und die geplante Erweiterung der Schwimmhalle im Zentrum Schluefweg von momentan budgetierten 133,2 Millionen, gefolgt vom im Bau befindlichen Schulhaus Nägi mit im Moment budgetierten 88 Millionen, gefolgt von der in der letzten Abstimmung genehmigten Gesamtkosten für den erweiterten Umbau vom Pflegezentrum Spitz für 24,9 Millionen und der im Moment in der GRPK befindlichen neuen Energieversorgung für das Pflegezentrum und den Schulhäusern im Spitz von 21,3 Millionen Franken. Weitere grosse Investitionen sind im Gesamtrahmenkredit von 16,3 Millionen für die Strassensanierung, das Wohnhaus- und Parkhaus beim Schluefweg von ungefähr 12 Millionen Franken und die Anpassung der Glattalbahn, Strassenanpassungen, Stadtplatz, Bahnhof, Strasse Marktgasse und den Bahnhofunterführungen, nur um die wichtigsten weiterhin zu nennen, die noch nicht in der GRPK sind. Zu den Stellenanpassungen. Es sind auch dieses Jahr wieder wie die letzten drei Jahre zahlreiche Stellenanpassungen in diesem Budget 26 vorgenommen worden. In der Summe sind das 1710 Stellenprozent oder 17,1 Vollzeitstellen äquivalent, mehr noch als per 01.01.2025. Allen Mitgliedern der GRPK ist es wichtig, ein möglichst reales Abbild im Budget einfliessen zu lassen. Mitglieder der GRPK haben die diversen Positionen im Budget herausgefiltert und jede einzelne Position besprochen. Es wurden viele Fragen gestellt, wo die Cockpit-Verantwortlichen zuerst, wenn möglich, selbst beantwortet haben, da wir in der Kommission Details zu den einzelnen Cockpit-Positionen haben. Erst danach wurde der Stadtrat gefragt und, wenn immer möglich, auch direkt bei den Stadträtinnen und Stadträten und den Bereichsleitern persönlich und vor Ort besprochen worden. Am Schluss hatte der Stadtrat am letzten Dienstag noch die Möglichkeit, die geplanten Änderungen mit der GRPK in diesem Jahr an einem gemeinsamen Termin zu erklären, damit letzte Unsicherheiten oder Missverständnisse ausgeräumt werden konnten oder und jetzt auch ausgeräumt worden sind. Zu den gesammelten Anträgen der GRPK werden meine Kolleginnen und Kollegen aus der GRPK diese in der folgenden Einzelberatung einbringen. Die Änderungen sind zum Teil Streichungen, zum Teil aber auch

Aufwandsteigerungen, zum Teil sind es Korrekturen. Damit will ich mich an dieser Stelle bei meinen Kolleginnen und Kollegen von der GRPK für ihren Einsatz bedanken. Aufgrund einer Amtszeitbeschränkung von acht Jahren werden Sandra Eberhard und Roman Walt per Ende Juli 26, respektive Ende der Legislatur aus der GRPK, austreten. Damit ist diese ihre vorerst letzte Budgetierung als Mitglieder der GRPK. Ich bedanke mich bei euch beiden ganz herzlich für eure geleisteten Dienste als Mitglieder dieser Kommission. Roman war lange der Sekretär und war hin und wieder mit Abklärungen bis aufs Gemeindeamt beschäftigt. Sandra als ebenfalls sehr aktives Mitglied und auch mit ihrem rechtlichen Wissen ein Mehrwert. Wir sind, sachlich wie politisch, nicht immer gleicher Meinung. Und genau das ist in einer solchen Kommission richtig und wichtig. Ich danke euch beiden herzlich für euren grossen Einsatz und vielleicht sehen wir uns in unterschiedlichen Funktionen in der nächsten Legislatur wieder. Mein Dank geht an dieser Stelle auch an alle Stadträte, an die Geschäftsleitung und die Verwaltung für ein transparentes Budget, für die offene und doch oft sachliche Kommunikation untereinander und einen guten Austausch mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der GRPK, die in den diversen Cockpits Fragen gestellt haben. Und ich danke auch den Fraktionen. Die GRPK hat das Budget 26 inklusive aller Sachgruppen mit den erwähnten Änderungsanträgen aus den Cockpits an ihrer letzten Dienstagssitzung mehrheitlich abgenommen. Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche und faire Budgetdebatte. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Peter Nabholz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Mark Wisskirchen, EVP.*

Stadtrat Mark Wisskirchen: *Geschätzte Ratsleitung, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Anwesende. Vielen Dank, Nabi. Ich möchte das Kompliment zurückgeben. Vielen Dank der GRPK für ihre grosse Arbeit. Es ist doch jedes Mal eine intensive Geschichte, dieses riesige Budget durchzukämmen und sie haben hier grosse Arbeit geleistet, um das Budget 2026 auch sauber zu überprüfen. Nachdem der Stadtrat interessierte Gemeinderatsmitglieder bereits im Budgetprozess vor den Sommerferien mitgenommen hat und die GRPK, wie du bereits erwähnt hast, zusammen mit der Bereichsleitung transparent und auch detailliert über das vorliegende Budget im Oktober informiert hat. Wir nehmen die erarbeitete Änderungsliste mit der vorgeschlagenen Ertragsverbesserung von ursprünglich rund 57'000 auf rund wahrscheinlich 320'000 zur Kenntnis und wie vom GRPK-Präsident bereits erwähnt mit einer Einlage in die Finanzpolitische Reserve von einer Million Franken. Als Berechnungsgrundlage dient wahrscheinlich der unveränderte Steuerfuss von 100%. Danke vielmals.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Mark Wisskirchen. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Philipp Graf, SP.*

SP-Fraktion, Philip Graf: *Herr Präsident, geschätzte Anwesende, Kloten steht, und das wissen wir hier alle längst, vor grossen Investitionen. Nabi hat es vorhin auch schon erwähnt. Dennoch ein paar Beispiele. So steht die energetische Sanierung von allen städtischen Bauten im Spitzquartier an, also das Pflegezentrum, Primar- und Sekundarschule. Ebenso wird mit der Erweiterung von Sekundarschulhaus Spitz und einer neuen Primarschule, wahrscheinlich im Steinacker, der Schulraum an den künftigen Bedarf angepasst. Und im Rahmen der Erweiterung der Glattalbahn werden Synergien im Stadtzentrum genutzt und die städtische Infrastruktur verbessert, sowie der Stadtpark*

endlich realisiert. Auch im Budget 2026 sind die grossen Investitionen sichtbar. So machen die erst gerade am Sonntag von der Bevölkerung genehmigten Erweiterungen vom Pflegezentrum Spitz und vom Zentrum Schluefweg einen deutlichen Anteil an den Ausgaben für das nächste Jahr aus. Ebenso gilt das nach wie vor für den Neubau des Schulhauses Nägelimoos. All diese Investitionen haben einen gemeinsamen Nenner. Sie machen unsere Infrastruktur fit für morgen und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Zukunft von Kloten. Entsprechend stehen wir als SP auch hinter diesen geplanten Investitionen und unterstützen die Stossrichtung des Stadtrats. Folglich unterstützen wir auch den vorliegenden Budgetantrag des Stadtrats, vorbehältlich von einigen Änderungsanträgen aus der GRPK. Und ich kann davon ausgehen, dass das bei den anderen Parteien wahrscheinlich auch nicht gross anders aussehen wird. Schliesslich hat es ja heute, neben den Anträgen der GRPK, keine weiteren im Vorfeld gegeben. Ich gehe bereits jetzt kurz auf die Haltung der SP zu den Anträgen ein, womit wir uns ein Votum zu den einzelnen Anträgen sparen können, ausser einer Präzisierung sollte noch irgendwo notwendig werden. Grundsätzlich unterstützen wir die meisten Anträge aus der GRPK. Wir begrüssen besonders, dass auch der GRPK die Wichtigkeit des Teuerungsausgleichs bei den Löhnen des städtischen Personals bewusst ist und ein entsprechender Antrag gestellt wird. Für eine attraktive Arbeitgeberin natürlich ein absolutes Muss. Weiter positiv ist, dass jetzt eine Reduktion im Unterhalt der Fussballplätze möglich ist, weil wir uns vor gut einem Jahr für die zwei neuen Kunstrasenplätze im Stighag ausgesprochen haben. Um beim Sport zu bleiben, ist es erfreulich, dass der Bundesrat jetzt doch von seinen geplanten Kürzungen bei den J&S Fördergeldern abweicht und wir somit das drohende finanzielle Loch bei den Klotener Vereinen nicht kommunal stopfen müssen. Genauso ist es erfreulich, dass das Skilager nach wie vor auf riesige Begeisterung bei unseren Kindern und Jugendlichen stösst, weswegen wir das Budget heute auch noch einmal ein bisschen aufstocken dürfen, um allen Interessierten einen Platz bieten zu können. Das spricht natürlich für uns als Sportstadt. Schade hingegen ist, dass die Demokratieförderung mit dem vorherigen Entscheid jetzt definitiv keinen Platz finden wird im Budget 2026. Der entsprechende Streichungsantrag von der GRPK ist natürlich formell richtig. Wegen dem werden wir ihn auch nicht bekämpfen. Es ist aber, wie im vorherigen Traktandum bereits genügend betont, aus unserer Sicht äusserst schade, dass wir diese Chance jetzt entgehen lassen. Einzig bei den Anträgen rund um das Eissportzentrum sind wir nicht immer ganz gleicher Meinung wie die GRPK. So wehren wir uns gegen die Streichung der Beschaffung einer neuen Beschallungsanlage in der Schluefweg Halle. Denn nicht nur die Besucherinnen und Besucher der Spiele der ersten Mannschaft des EHC Kloten im Stadion sollen in den Genuss einer anständigen Beschallungsanlage kommen, sondern erst recht auch die Gäste in der Schluefweg Halle, die den Spielen des Hockey-Nachwuchs, den Turnieren der Curler:innen, den Wettkämpfen der Eiskunstläufer:innen und vielen anderen Anlässen beiwohnen. Damit mit der heutigen Anlage teilweise nicht einmal einzelne Wörter verstanden werden könnte, ist der Ersatz definitiv angezeigt und stellt keinen übertriebenen Luxus dar. Ebenso stellen die zusätzlichen Becherablageflächen im Stadion keinen übertriebenen Luxus dar, sondern leisten einen netten Beitrag zur Aufwertung des Matchbesucherlebnis. So dürften künftig wenige Besucher:innen das Jonglieren mit Essen und Getränken ausüben müssen. Auch darum lehnen wir diesen Streichungsantrag ab. Aber auch wenn wir jetzt nicht ganz allen GRPK-Anträgen zustimmen, stimmt das Budget im Grossen und Ganzen für uns. Die SP-Fraktion wird darum am Budget entsprechend zustimmen. Die bereits erwähnten hohen Investitionen können wir als Stadt tragen. Zwingend notwendig dafür ist aber ein stabiler

Steuerfuss. Die Finanzplanung zeigt klar auf, dass bei gleichbleibendem Steuerfuss die Nettoschuld bis Ende dieses Jahrzehnts auf einen Beitrag von über 2'300 Franken pro Einwohner:in ansteigen wird, womit wir eigentlich unser Ziel von einer maximalen Nettoschuld von 1'500 Franken pro Einwohner:in bereits verfehlen. Entsprechend noch einmal der Hinweis, dass die letzte jährige Steuersenkung eigentlich schon ein Fehler gewesen ist. Aus unserer Sicht ist die temporäre Verfehlung des Netto-Schuld-Ziels verkraftbar. Der Steuerfuss darf jetzt aber definitiv nicht weiter sinken. Schliesslich erschwert ein sich ständig ändernder Steuerfuss auch bei den Unternehmen die Finanzplanung. Entsprechend begrüssen wir, dass kein Antrag auf Steuersenkung bisher eingegangen ist. Ich hoffe, das bleibt auch so. Wir werden nicht noch von einem Last-Minute-Antrag überrascht. Wir bedanken uns beim Stadtrat und bei der Verwaltung bei der Ausarbeitung vom Budget 26 und stellen uns hinter die Empfehlung vom Stadtrat, den Steuerfuss bei 100% zu belassen. Besten Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Philip Graf. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Marco Brunner, SVP.*

SVP-Fraktion, Marco Brunner: *Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat, liebe Gäste. Im Namen der SVP-Fraktion möchte ich gerne den Fokus auf jene Elemente legen, die unser Budget 2026 prägen. Die steigende Kostenseite, die wachsende Personalbasis und die hohen Abschreibungen, die direkt aus unserer Investitionspolitik resultieren. Das Budget 2026 weist einen Gesamtaufwand von rund 259,8 Millionen Franken aus. Das sind 6,8 Millionen mehr als im Vorjahr. Und diese Dynamik ist kein Ausreisser, sondern Ausdruck von einem Trend, der uns seit Jahren begleitet und auch weiterhin begleiten wird. Der Kanton schreibt uns zunehmend höhere Standards vor, insbesondere im Bereich der Sonderpädagogik. Integrative Förderung, zusätzliche heilpädagogische Unterstützung und ein Ausbau an Betreuungsangeboten treiben die Kosten weiter nach oben. Im Budget 26 wächst der Stellenplan um weitere 17 Vollzeitstellen. Besonders kostentreibend sind neue administrative Funktionen in der Schulverwaltung, allem vor allem die Ausweitung der Sachbearbeiterstelle für Schuleinheiten um 160 Prozent, sowie die zusätzliche Stelle im Bereich der Schulhorte, die vier neuen Teamleitungen. Und ein Ausbau von betagter Förderung. Das Wachstum ist nicht marginal. Es sind strukturelle, dauerhafte Fixkosten, die uns jedes Jahr begleiten. Die Restkostenfinanzierung der Pflegeheime entwickelt sich seit Jahren dynamisch nach oben. Der Kanton setzt Mindeststandards und wir dürfen zahlen. Zusätzlich führen komplexe Pflegebedarfsabklärungen, steigende Aufenthaltsdauer und höhere Anforderungen an den Vollzug im Gesundheitswesen zu einer kontinuierlichen Kostenexpansion. Damit ist aber auch klar, unsere Ausgaben wachsen nicht, weil wir zu viel wollen, sondern weil der Staat uns immer mehr verlangt und die Rechnung dann bei uns landet. Soweit zu den Kosten, die wir nicht direkt beeinflussen können. Auf die 35 Millionen Finanzausgleich gehe ich das Jahr nicht darauf ein, da habe ich letztes Jahr schon viele Worte verloren. Die Abschreibungen steigen um 5,1 Millionen Franken auf 32,6 Millionen und wir wissen alle, dass das noch nicht das Limit ist. Mit rund 290 Millionen Franken Investitionen werden somit auch Abschreibungen im Planungshorizont stetig steigen. Wir fordern daher ein Investitionsmanagement, das die Stadtentwicklung steuert und nicht eine Kostenentwicklung, die uns steuert. Leider sind in Anbetracht von diesen hohen Investitionen eine Mehrheit vom Gemeinderat kleinere Investitionen als nebensächlich, ja gar vernachlässigbar. Doch auch diese Investitionen von beispielsweise 200'000 Franken für ein paar Outdoor-Spielgeräte oder für 350'000 Franken erstellte Geräteschuppen,*

verursachen Abschreibungen. Dort hätten wir 27'500 Franken Abschreibungen sparen können. Ganz nach dem Motto «Klein Vieh macht auch Mist». Zumindest ein bisschen angeschaut wird in der Ausgabe im Stadion Schluefweg. Der Antrag auf Streichung der Beschallungsanlage im neu erbauten Aussenfeld für 45'000 Franken sowie die Streichung von 100 Meter Ablagefläche für Becher für 18'000 Franken unterstützen wir vollkommen. Ebenfalls die uns versprochenen Minderausgaben im Unterhalt im Stighag, die wir jetzt einfordern, unterstützen wir. Aufgrund dessen, dass keine Mehrheit für weitere Kürzungen gefunden werden konnte und wir das vorliegende Budget mit den Änderungsanträgen der GRPK annehmen werden, verzichten wir dieses Jahr auf einen Antrag auf Steuersenkung. Es ist aber gesagt, dass wir es sehr schade finden, dass der Stadtrat den Mut verloren hat, eine wirkliche Entlastung für Bürgerinnen und Bürger anzustreben. Gerade darum bleiben wir als SVP dran, am Stadtrat auf die Finger zu schauen und zugunsten eines tiefen Ausgabenhaushalts unnötige und luxuriöse Belastungen zu bekämpfen. Und vielleicht können wir es ja nächstes Jahr auch so machen wie der Samichlaus und einen allfälligen Überschuss für einen guten Zweck verwenden. Besten Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Marco Brunner. Gibt es weitere Wortmeldungen? Pascal Walt, Mitte.*

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: *Liebe Ratsleitung, liebe Anwesende, die Mitte Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Budgets. Im Verhältnis zum letztjährigen Budget erscheint das ziemlich unspektakulär. Man muss in die Details schauen. Zusammengefasst werden wir 6,8 Millionen Franken mehr Aufwand, aber auch mehr Ertrag budgetieren und 1 Million in die Reserve legen. That's it. Einzig das hohe Investitionsvolumen von rund 51 Millionen lässt aufhorchen, aber die Infrastrukturprojekte in Sport, Bildung, Alter und Energie kennen wir und lassen sich seit dem letzten Abstimmungssonntag soweit auch bestätigen. In der anschliessenden Detailberatung vom Budget werden wir die meisten GRPK-Änderungsanträge an die heutige Realität unterstützen, ausser dass wir die zusätzliche Eintrittskontrolle in das Eissportzentrum für mehr Sicherheit wichtig finden. Danke vielmals.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Pascal Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Daniel Körner, FDP.*

FDP-Fraktion, Daniel Körner: *Geschätzte Alle nochmals, die FDP-Fraktion möchte sich bei allen, die zum vorliegenden Budget beitragen haben, bedanken. Der Dank gilt allen voran der Verwaltung, aber auch unserer GRPK, die sich jedes Jahr unermüdlich einarbeitet, nachhakt und auch Verständnis schafft. Das Budget zeigt eine Stadt, die von grossen Herausforderungen steht. Höhe Investitionen in die Schulen, Infrastruktur, Pflege und Energie. Ein tiefer Selbstfinanzierungsgrad und steigende Abschreibungen werden uns in den kommenden Jahren stark fordern. Gleichzeitig bleibt der Aufwand sehr dynamisch. Besonders, Marco hat es schon gesagt, beim Personal und bei den Betriebskosten als gebundene Mittel, die man sowieso nicht ändern kann. Für uns FDP ist klar, wir wollen eine Stadt, die sich entwickelt, aber nicht planlos. Investitionen müssen priorisiert und etappiert werden. Nicht jedes Projekt gleichzeitig, nicht jeder Wunsch sofort. Und beim Personal erwarten wir, dass Digitalisierung und Effizienzgewinn zuerst wirken, bevor neue Stellen geschaffen werden. Zu den freiwilligen Leistungen. Wir schätzen unsere Vereine und das Kulturleben. Aber Beiträge ohne klare Wirkung gehören nicht ins Tourprogramm. Wo geprüft wird, wo evaluiert wird, wo Transparenz besteht, dort ist FDP dabei. Wo es zum Wohlfühlautomatismus wird, stellen wir uns dagegen. Die*

Änderungsanträge der GRPK sind fachlich richtig und konsequent. Sie bereinigen Fehler, aktualisieren Positionen und verhindern unnötige Ausgaben. Die FDP wird sämtliche GRPK-Anträge einstimmig unterstützen und auch dem Budget einstimmig zustimmen. Und jetzt zum Steuerfuss. Beim Steuerfuss reden wir nie nur über Prozent. Wir reden über Stabilität, Planungssicherheit und Verantwortung, die wir gegenüber der Bevölkerung tragen. Irren ist menschlich. Es ist schön, wenn man Fehler erkennt und daraus lernt. Der Stadtrat hat letztes Jahr ebenfalls einen Steuerfuss von 98% vorgeschlagen und auch ich als Gewerbler bin damals ebenfalls nicht abgeneigt gewesen. Doch heute zeigt sich klar, der Entscheid vom Gemeinderat für 100% war richtig. Es ist mit Weitsicht gehandelt, Stabilität geschaffen und finanzielle Sicherheit bewahrt worden. Und genau diese Stabilität brauchen wir jetzt. Denn wir stehen vor Jahren mit enormen Investitionen, Schulhauserweiterungen, Pflegeinfrastruktur, Energieprojekten, Stadträumen, Erhalt bestehender Gebäude. Der Selbstfinanzierungsgrad ist tief, die Abschreibungen steigen und auch auf der Einnahmeseite bestehen Unsicherheiten. In diesem Umfeld wäre ein erneutes Senken des Steuerfusses fahrlässig gewesen. Die FDP ist sich bewusst, wir geben die Steuern zurück, wenn es Spielraum gibt, aber nur in einem Mass, das wir nachhaltig tragen können, ohne Jo-Jo-Effekt und ohne die Stadt in zwei Jahren in der nächsten Steuerdiskussion zu zwingen und mit dem klaren Ziel, unsere Investitionsfähigkeit zu sichern. Der Steuerfuss von 100% ist im aktuellen Umfeld richtig. Darum sagt die FDP, Kloten heute klar und einstimmig Ja zum Budget, Ja zu allen Änderungsanträgen der GRPK und Ja zum Steuerfuss von 100%.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Daniel Körner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Diana Diaz, Grüne.*

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: *Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, wir bedanken uns ganz herzlich beim Stadtrat und bei der Stadtverwaltung für das ausgearbeitete Budget und danken auch der GRPK für die sorgfältige Prüfung. Bei den meisten Änderungsanträgen handelt es sich, wie schon gesagt, um Korrekturen und diese Anträge werden wir selbstverständlich unterstützen. Die Beschallungsanlage in der Schluefweg Halle unterstützen wir und werden entsprechend der Streichung nicht zustimmen. Als gesamtes Budget und der Steuerfuss von 100% unterstützen wir als Grüne Fraktion. Danke für die Aufmerksamkeit.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke, Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Roman Walt, GLP.*

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende. Auch im Namen der GLP-Fraktion bedanke ich mich ganz herzlich beim Stadtrat und der Verwaltung für die saubere Ausarbeitung vom Budget 2026 und die Beantwortung der zahlreichen Fragen auch aus unserer Fraktion. Wir haben es schon gehört, das Budget zeigt sich eigentlich so ähnlich wie in den letzten Jahren, ist klar, nachvollziehbar und begründet aufgebaut. Ich möchte, wie angekündigt, eigentlich nicht allzu lang werden. Es gibt einfach zwei, drei Punkte, die ich rasch erwähnen möchte. Wir haben es schon gehört, der Ausbau vom Personalbestand ist ein Thema bei der Kostensteigerung. Er war aber angekündigt, klar begründet, zielführend und Kostensteigerungen sind eigentlich erklärbar. Das Gleiche bei dem Investitionsvolumen. Das ist hoch, das ist klar, aber auch da sind die Investitionen nachvollziehbar. Es zeigt sich, dass sich letztes Jahr, und es ist schön, dass die FDP das jetzt auch einstimmig eingesehen hat, eine Mehrheit da im Rat richtigerweise für eine nachhaltige Finanzpolitik ausgesprochen hat und den Steuerfuss nur moderat gesenkt hat.*

Die Ablehnung von einer weiteren Senkung der Unternehmenssteuer, das ist die Steuervorlage 17, wo wir im Mai darüber abgestimmt haben, sorgt dafür, dass Kloten auch bei den juristischen Personen aktuell keinen Einbruch bei der Steuereinnahme verspüren wird. Und trotzdem werden wir, das haben wir schon gehört, mit Begründung und Verweis auf die Finanzplanung 2025 bis 2029 mittelfristig in eine höhere Verschuldung laufen. Auch wenn wir Budgets immer wieder genau prüfen und sogenannt Unnötiges, wie beispielsweise die Stelle für Demokratieförderung streichen, den ganz grossen Hebel haben wir nicht, ohne fahrlässig auf nötige Investitionen zu verzichten. An dieser Stelle erlaube ich noch eine Randbemerkung an die SVP, es ist schon erstaunlich, der böse Kanton darf dann aktiv werden, wenn man Tempo 30 verhindert, aber wenn es um wichtige Leistungen für die Gesellschaft geht, dann ist der böse Kanton da, der Geld verlangt. Umso wichtiger ist es auch auf der Einnahmeseite weiterhin zu diversifizieren und neue Nutzerkreise in Form von Einwohnenden und Unternehmungen, die nicht zwingend mit dem Flugbetrieb zu tun haben, anzuziehen. Dazu müssen wir Kloten weiterentwickeln, mutig, nachhaltig, lebenswert, zukunftsorientiert. Die GLP bedankt sich nochmal bei allen Beteiligten für die Ausarbeitung und Prüfung vom Budget. Wir werden mit einer Ausnahme, das ist nicht die Demokratiestelle, alle Budgetanträgen der GRPK unterstützen und dem Budget schlussendlich zustimmen. Bei Bedarf werden wir uns zu einzelnen Punkten bei den Änderungsanträgen nochmal melden. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Bert Horvath, EVP.*

EVP-Fraktion, Bertalan Horvath: *Werte Anwesende. Die EVP unterstützt generell die meisten von den Änderungsanträgen und das Budget. Es sind aber vier Positionen, die man bedenken möchte, anmelden und nicht unterstützen. Einerseits die Beschallung von der Hallenbühne. Ich finde das eine Notwendigkeit, dass die Zuschauer etwas mitbekommen von dem, was geht. Dann haben wir zwei Positionen, die die Sicherheit betreffen. Und ich denke, besser vorzusorgen, als hinterher zu jammern, weil wir sehen, dass Gewalt und Unfug eher zunimmt an den verschiedenen Sportveranstaltungen. Deshalb werden wir die Anschaffungen für die Videoüberwachung plus die Eintrittskontrollen befürworten und auch die 18'000 Franken für die Becherablage, ich Masse mir nicht an, das besser zu wissen als diejenigen, die Vorort sind und dort arbeiten müssen. Ich nehme an, dass es eine Notwendigkeit ist, so wie das auch erklärt worden ist. Wir stimmen auch dieser Investition zustimmen. Dankeschön.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke dir vielmals, Bert Horvath. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Es scheint nicht der Fall zu sein.*

Einzelberatung

Ratspräsident, Reto Schindler: *In diesem Fall kommen wir zur Einzelberatung des Budget 2026. Von der GRPK sind 21 Änderungsanträge zur Erfolgsrechnung und zwei Anträge der Investitionsrechnung betreffend eingereicht worden. Gibt es neben den bereits eingereichten Anträgen weitere Anträge, die der Ratsleitung nicht bekannt sind? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Detailberatung von den Anträgen erfolgt, ausser bei Sammelanträgen in der Reihenfolge der Cockpit-Nummerierung. Von den 21 Anträgen zur Erfolgsrechnung werden 13 Anträge in vier Sammelanträge zusammengefasst. Zwei weitere Anträge von der Erfolgsrechnung gehören jeweils zu einem Antrag der*

Investitionsrechnung und werden mit dem zusammen ebenfalls in je einem Sammelantrag beschlossen. Die Reihenfolge der Worterteilung ist jeweils 1. Antragsteller, Antragstellerin, 2. GRPK-Mitglieder, 3. Stadtrat, 4. Ratsmitglieder. Gemäss Artikel 72 Abstimmungsverfahren vom Geschäftsreglement vom Gemeinderat kann gemäss Absatz 3 bei der Detailberatung von einer Vorlage auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Der Antrag gilt als Beschluss. Sonst wird über die Anträge ausser bei den Sammelanträgen einzeln abgestimmt. Wir kommen zu den Anträgen. Erstens ist das der Einzelantrag 1 1220.71/3636.00. Freiwillige Beiträge Sport, 3410, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Ich bitte den GRPK-Verantwortlichen um Wortmeldung.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Ueli Morf (SVP): *Herr Präsident, geschätzte Anwesende, bei diesem Antrag geht es darum, dass es während der Budgetphase ja nicht sicher war, ob der Bund den Jugend- und Sportbeitrag streichen wird. Im Laufe des Herbstes ist es dann so weit bekannt worden, dass der Bund von dieser Streichung abgewichen ist. Und so kann man die 50'000 aus diesem Cockpit nehmen. Die GRPK hat einstimmig beschlossen, den Antrag, also die 50'000, zu streichen.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Ueli Morf. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Es scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Es scheint auch nicht der Fall zu sein. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Somit ist dieser Antrag genehmigt. Wir kommen zum nächsten Antrag, das ist der Sammelantrag 1, Demokratieförderung. Es betrifft die Sachgruppe 2210.00/3010.00, Stelle Demokratieförderung. Ja, eigentlich ist es eingeblendet. Ich bitte den GRPK-Referent um Stellungnahme.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Bert Horvath (EVP): *Also, es geht hier um den Betrag für nächstes Jahr für 132'245 Franken für die Stelle Demokratieförderung, die wir bei der vorherigen Abstimmung abgelehnt haben. Von dem her gibt es vermutlich keine weitere Abstimmung, nehme ich an.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Bert Horvath. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Es scheint nicht der Fall zu sein, Wortmeldung aus dem Stadtrat. Es scheint auch nicht der Fall zu sein, aus dem Rat. Auch nicht. Somit ist der Antrag angenommen. Wir kommen zum nächsten Sammelantrag 2 Teurungsausgleich. Ich bitte den GRPK-Referenten oder die Referentin, vorzukommen.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Maja Hiltebrand (SP): *Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, im Budgetprozess kam heraus, dass für den Teuerungsausgleich 0,1% angenommen worden ist. Schlussendlich hat aber dann der Kanton 0,2% für seine Angestellten bewilligt. Und darum hat man dann auch hier die Lohnkonten angepasst auf 0,2% für alle Angestellten in sämtlichen Kontonummern. Die GRPK hat einstimmig der moderaten Erhöhung zugestimmt und empfiehlt auch Ihnen, der Erhöhung zuzustimmen.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Maja Hildebrandt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Es scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Es scheint auch nicht der Fall zu sein. Wortmeldungen aus dem Rat? Somit ist dieser Antrag angenommen. Kommen wir zum nächsten Antrag, das ist der Sammelantrag, der die Investitionsrechnung und die Erfolgsrechnung betrifft, über die*

Videoüberwachung. Ich bitte hier auch den GRPK-Referenten oder die Referentin, vorzukommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Maja Hiltebrand (SP): *Also, Schluefweg-Videoüberwachung für 100'000 Franken. Die Position Videoüberwachung Zentrum Schluefweg ist von der Abteilung Informatik im Investitionsbudget aufgenommen worden, weil man gemeint hat, dass es sich dabei um ein eigenes Projekt handelt. Tatsache ist aber, dass die Videoüberwachungsanlage im Gesamtprojekt Sanierung Zentrum Schluefweg inkludiert ist und darum aus dem Investitionsbudget gestrichen werden kann. Folglich entfallen auch die zusätzlichen Abschreibungen. Ich bitte euch, auch hier der GRPK zuzustimmen.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Somit ist der Antrag angenommen. Wir kommen zum Sammelantrag von der Investitionsrechnung und Erfolgsrechnung Nummer 2.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Maja Hiltebrand (SP): *Das Eissportzentrum hätte gern eine Eintrittskontrolle für 120'000 Franken. Diese Investition ist keine Vorgabe der Liga. Sie wird vom Stadtrat gewünscht, da es eine Möglichkeit ist, rebellierende Fans vom Stadionbesuch fernzuhalten zu können und damit Einsparungen bei den Polizeikosten zu erwirken. In Zug ist das System bereits eingeführt worden. Tatsache ist aber, dass die Gewaltszene ums Stadion vor und nach dem Spiel mit diesem System auch nicht verbessert werden kann. Da es keine Auflage der Liga ist, ist die GRPK mehrheitlich dafür, dass die Investition momentan nicht gebraucht wird. Ich bitte euch, der Mehrheit der GRPK zuzustimmen.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Pascal Walt, Mitte.*

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: *Liebe Ratsleitung, liebe Anwesende, wie vorhin erwähnt, wir finden das eigentlich eine gute Sache, dass man die Leute identifizieren kann. Es geht nur um wenige, das ist ganz klar. Es ist auch kein kleiner Betrag, aber nichtsdestotrotz würde man gerne darüber abstimmen. Danke.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Gut, wir stimmen darüber ab. Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Will noch jemand etwas sagen? Brian Dieng, GLP.*

GLP-Fraktion, Brian Dieng: *Ganz kurz, wir haben Stadionverbot, wir haben Rayonverbot, wir haben das Kaskadenmodell. Das funktioniert sehr gut. Ein bisschen stossend fand ich, dass gesagt wurde, in Zug funktioniere das so gut. In Zug hat man einfach wegen diesen ID-Scans keine Auswärtsfans mehr. In Lausanne ist das auch so. Ist meines Erachtens nicht die Lösung. Das wäre eine unverhältnismässige Kollektivstrafe. Das brauchen wir in Kloten nicht, vor allem, weil es eigentlich nur die vier Heimmatchs gegen Rappi und gegen Zürich betrifft. Brauchen wir nicht, danke.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Daniel Körner, FDP.*

FDP-Fraktion, Daniel Körner: *Es gibt zwei Gründe, weshalb wir keine Kontrolle brauchen. Die Liberalen sind sich doch einmal einig. Staatliche Eingriffe müssen notwendig wirksam und verhältnismässig sein. ID-Kontrolle bei Stadiumsbesuchen erfüllt*

keines dieser drei Kriterien. Wir wollen nicht einen Generalverdacht gegenüber allen Fans schaffen, nur, weil es draussen einzelne Problemgruppen gibt. Sicherheit ja, aber ohne unnötige Erfassung von Daten von tausenden unbescholtenen Personen. Das ist nicht liberal, nicht verhältnismässig und nicht zielführend. Und ganz ehrlich, es ist schon genug, dass im Stadion kein Bargeld mehr akzeptiert wird. Der Staat oder mindestens der Betreiber weiss jetzt schon, dass ich im Stadion bin, wenn ich im Stadion bin und sogar, was ich konsumiere. Zweitens, es löst das eigentliche Problem nicht. Die Vorfälle, die wir bekämpfen müssen, passieren ausserhalb, im Umfeld des Stadions, auf der Strasse, an neuralgischen Orten, wo rivalisierende Gruppen aufeinandertreffen, nicht beim Eintritt ins Gebäude. Die ID-Kontrolle im Stadion hätte auf diese Situation keinen Einfluss. Sie würde keine Krawalle verhindern, keine Wegweisung erleichtern und keine relevante Gruppe identifizieren. Es ist eine Massnahme am falschen Ort. Was wir brauchen, ist nicht mehr Bürokratie am Stadioneingang, sondern gezielte, koordinierte Präsenz zwischen Polizei, Sicherheitsdienst und dem EHC. Dort, wo Probleme tatsächlich entstehen. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Daniel Körner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Philip Graf, SP.*

SP-Fraktion, Philip Graf: *Ich melde mich jetzt doch auch noch einmal ganz kurz für die Fraktionsmeinung der SP. Die SP befürwortet ganz klar das Kaskadenmodell der National League. Das sieht aber keine ID-Kontrolle vor, sondern nach Erreichen einer gewissen Stufe eine Gesichtserkennung beim Eintritt. Das ist aus unserer Sicht die bessere Lösung, denn ID-Kontrollen sollen eine hoheitliche Aufgabe der Polizei bleiben. Danke.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Philip. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Es scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, soll bitte aufstehen. Wer dem GRPK-Antrag zustimmen möchte, soll bitte aufstehen. Wer den GRPK-Antrag ablehnen möchte, soll bitte aufstehen. Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist somit grossmehrheitlich angenommen. Wir kommen zum nächsten Antrag. Das ist der Einzelantrag 2 6230.11/3171.00. Ich bitte den Referenten oder die Referentin von der GRPK, vorzukommen.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard (SVP): *Geschätzte Ratsleitung, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, Stadtrat, Presse und geschätzte Zuschauer. Ich erlaube mir noch einige persönliche Worte zu fassen. Nach Absprache mit dem GRPK-Präsidenten Peter Nabholz möchte ich möchte mich hier bedanken für die jahrelange, jetzt dann bald acht Jahre lange, gute Zusammenarbeit mit insgesamt drei Schulpräsidenten und zwei Bereichsleitungen. Insbesondere möchte ich mich bedanken beim jetzigen Bereichsleiter Andreas Tinner für die schnellen, guten, pragmatischen Lösungsfindungen und Gespräche. Auch aus diesem Grund haben wir jetzt den vorliegenden Antrag aus dem gemeinsamen Gespräch, den ich dann in den GRPK gestellt habe. Es sind mehr Schüler daran interessiert an Skilagern teilzunehmen. Wir würden das wahnsinnig gerne unterstützen. Der GRPK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt und darum möchten wir eine Erhöhung um 9'000 Franken beantragen.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Sandra Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Es scheint nicht der Fall zu sein. Aus dem Stadtrat? Auch nicht. Aus dem Rat? Somit wird dem Antrag zugestimmt. Dann kommen wir zum nächsten Antrag. Das ist der Sammelantrag 3, Korrekturen im Bereich Bildung und Kind. Ich bitte... Du bist schon da.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard (SVP): *Ich schaue mal, welche ihr zusammengenommen habt. Okay, es handelt sich um Fehler in der Budgetierung. Zum Beispiel der erste, die Kosten von 2'200 Franken für die Aktivierung von schnuppi.ch, sind letztes Jahr nur einmalig angefallen im Budget. Den kann man streichen, das ist nicht mehr relevant, der wird nicht mehr gebraucht. Der Gewerbeverein Kloten zahlt die jährlichen Beiträge für schnuppi.ch für die Schule Kloten. Dann haben wir noch den Punkt, wo ich eine kleine Randbemerkung habe. Schaut das Budget nächstes Jahr ganz genau an. Ich bin nicht mehr da, um Fehler zu finden. Es ist eine Erhöhung von 2'250 Franken, weil es ein Fehler im Budget ist mit 72 Franken Pauschale pro Schüler im Nägelimoos. Es sollten 82 Franken sein, darum eine Erhöhung von 2'250 Franken. Dann haben wir noch die Rechnungen von 1'000 Franken Kürzung auf einer Position und Erhöhung um 1'000 Franken wegen Mobilabos, die die Lehrer brauchen. Das ist ein Kontostellenwechsel. Das wären die Anträge. Ich bitte um Unterstützung von den GRPK-Anträgen.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Sandra Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Sammelantrag aus der GRPK? Aus dem Stadtrat? Aus dem Rat? Somit wird der Antrag angenommen. Wir kommen zum nächsten Einzelantrag, Nummer 3, auch aus dem Bereich Bildung und Kind. Sandra ist schon wieder da.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard (SVP): *Ja, zum letzten Mal bei dieser Sachgruppe. Das ist eine Frage gewesen, für was die Pauschale die Kosten sind, die man provisorisch mal reingenommen hat. Und die Antwort ist, man kann es bei Bedarf streichen, es entspricht nicht der Vorgabe. Darum der Streichungsantrag von 5'000 Franken.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke, Sandra. Nochmals gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Aus dem Stadtrat? Aus dem Rat? Roman Walt, GLP.*

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Geschätzte Anwesende, liebe Ratsleitung, da man den Antrag rasch begründen muss, komme ich nach vorne. Ich möchte nur kurz auf die Budgetdebatte 2022 verweisen, wo wir auch zu dem Konto 3110 eine schöne Diskussion zu sechs Stühlen für ein Sitzungszimmer geführt haben, die vergessen wurden zu budgetieren und beim Neubau nachträglich eingeführt werden mussten. Wir haben jetzt im Nägi oben ein wunderbares neues Schulhaus, das wir seit Oktober im Betrieb haben. Und wenn nicht nachvollziehbar ist, was die 5'000 Franken da drin machen, so wollen wir doch dem Nägi noch die Möglichkeit geben, die 5'000 Franken im Budget zu haben, dass man nicht ausserhalb vom Budget etwas sprechen muss. Wenn es nicht gebraucht wird, so what, dann sieht man es halt in der Rechnung. Wenn es gebraucht wird, stellen wir in der Rechnung die Frage, für was haben wir es gebraucht. Also wir sind dafür, dass wir jetzt die 5'000 stehen lassen und nicht nachträglich Aufwand produzieren. Vielen Dank.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Roman. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir über den Antrag ab. Wer den Antrag von der GRPK annehmen möchte, sollte hier aufstehen. Wer den Antrag ablehnen will, bitte ebenfalls aufstehen. Dem Antrag wurde mit 19 zu 13 zugestimmt. Wir kommen zum nächsten Sammelantrag, Nummer 4. Ich bitte Roman Walt, vorzukommen, was er bereits macht.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Roman Walt (GLP): *Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, wie gesagt, ein Sammelantrag. Verschiedene*

Anschaffungen sind auf dem falschen Konto budgetiert, und zwar auf dem Konto 3119. Anschaffung übrige nicht aktivierbare Anlagen. Richtigerweise müsste die Beschaffung im Konto 3111, wo es eben um Apparat, Maschinen, Gerät, Fahrzeug, Werkzeug geht, budgetiert werden. Daraus ergänzen sich die beiden Anträge im Sammelantrag und Korrektur um jeweils 53'000 Franken. Die GRPK empfiehlt dem Rat einstimmig die Annahme von diesen Anträgen.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals Roman. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Aus dem Stadtrat? Aus dem Rat? Der Antrag der GRPK wird somit angenommen. Wir kommen zum nächsten Einzelantrag Nummer 4. Sandra Eberhard wird bei diesem Punkt in den Ausstand gehen. Roman, bitte schön.*

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Genau, der Effizienz halber begründe ich gerade alle drei Anträge, auch wenn wir nachher einzeln darüber abstimmen werden. Der Antrag 1 zum Konto 27030.20, die neuen Kunstrasenplätze. Da die neuen Kunstrasenplätze in Kürze in Betrieb gehen oder schon in Betrieb gegangen sind, ist gemäss der damaligen Vorlage, als wir die Gelder für die Plätze bewilligt haben, auch mit einer Reduktion der Unterhaltskosten zu rechnen. Nach Rücksprache mit dem Stadtrat ist eine Reduktion um 20% Prozent beziehungsweise 48'000 Franken auf dieser Position realistisch. Die GRPK empfiehlt dem Rat die Annahme von diesem Antrag. Dann die nächste Position 7240.10 Beschallungsanlage. Die Position sieht vor Beschallung in der neuen Halle auszubauen. Aktuell ist insbesondere auf der Tribüne bei Spielen auf dem Eisfeld Durchsagen durch die Soundanlage nicht gut hörbar. Da es sich um eine nicht zwingende notwendige Investition handelt und die Halle in erster Linie für Trainings gebraucht wird, beantragt, der Mehrheit von der GRPK im Gemeinderat auf den Ausbau zu verzichten und die Position von 45'000 Franken aus dem Budget zu streichen. Und noch zum letzten Antrag, 2740.10/3111, die Ablagefläche Becher, wurden ja schon angesprochen in der Grundsatzdebatte. Im Publikumsbereich vom Stadion sollen 100 Laufmeter abwischbare und verstärkte Ablageflächen für 18'000 Franken an die Wand geschraubt werden, um den Gästen mehr Gelegenheit zu bieten, Getränke abzustellen. Auch diese Investition ist nicht zwingend nötig und die Kosten sind mit 180 Franken pro Meter auch recht hoch, warum auch hier eine Mehrheit der GRPK dem Rat beantragt, diese Position aus dem Budget zu streichen. Vielen Dank.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Gibt es Wortmeldungen aus der GRPK zum Einzelantrag Nummer 5? [Nicht verständliche Wortmeldung aus dem Rat] Nein, das ist 5. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Aus dem Rat? Gibt es Wortmeldungen aus der GRPK zum Einzelantrag 6? Aus dem Stadtrat? Aus dem Rat. Gibt es Wortmeldungen aus der GRPKK zum Einzelantrag 7? [Nicht verständliche Wortmeldung aus dem Rat] Aha, ich sage mal schnell, was was ist. Also der Einzelantrag Nummer 5 ist der Kunstrasen. [Nicht verständliche Wortmeldung aus dem Rat] Auf meinem Drehbuch steht scheinbar etwas Anderes als auf dem Bildschirm hinten. Tut mir leid. Ich sehe halt hinten nichts. Danke Jacqueline. Also, machen wir es jetzt nochmal. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Einzelantrag Nummer 4, Kunststrassen, aus der GRPK? Aus dem Stadtrat? Aus dem Rat? Dann ist dieser Antrag angenommen. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK zum Einzelantrag Nummer 5? Das ist die Beschallungsanlage. Maja Hildebrandt? [Nicht verständliche Wortmeldung aus dem Rat] Maja Hildebrandt möchte eine Abstimmung. Dann stimmen wir darüber ab. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Aus dem Rat? Ja, Regula Käser hat doch noch etwas zu sagen aus dem Stadtrat.*

Stadträtin Regula Käser: *Geschätzte Anwesenden, es ist ja die Beschallungsanlage hinauf zur Tribüne. Und es ist so, wie erwähnt worden ist, es finden sehr viele Juniorinnen- und Juniorenspiele dort statt. Es wird Curling gespielt, es wird Eiskunst gelaufen. In der Halle sind Wettkämpfe. Und das ist, also ich als Grossmutter, die hie und da Juniorspiele schauen darf, verstehe es auch schlecht. Und von daher, ist es etwas, das für die Zuschauer dieser Matches ist, von ihnen eigentlich gewünscht ist. Es wurde auch immer wieder gesagt, es wäre toll, wenn man diese Durchsagen auch verstehen würde. Die Beschallungsanlage, die jetzt da oben ist, die ist für aufs Eisfeld runter, also auf dem Eisfeld unten, versteht man sie super, aber einfach nicht auf der Tribüne. Ist für die Zuschauer, es ist etwas, was den Grosseltern, den Eltern, den Kolleginnen und so Freude macht. Ist etwas Tolles.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Regula Käser. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Dann stimmen wir darüber ab. Wer den Antrag der GRPK annehmen möchte, soll das mit Aufstehen zeigen. Wer diesen Antrag der GRPK ablehnen möchte, soll jetzt aufstehen. Der Antrag wurde mit 22 zu 10 Stimmen angenommen. Wir kommen zum nächsten Einzelantrag Nummer 6. Das ist der mit der Ablagefläche für die Becher. Gibt es da weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Regula Käser?*

Stadträtin Regula Käser: *Ja, also es ist auch für den Matchbesucher. Etwas, was man ihnen Gutes tut. Also man stellt sich vor, man hat ein Getränk, man hat eine Wurst, man will nur schon das Papier rum, hat die Schlabber Einweggetränkebecher in der Hand und will irgendwie essen. Also es ist ein relativ akrobatisches Unterfangen, wenn man hier einigermassen anständig essen will. Es ist für die Gesellschaft, man kann hier stehen, man kann hier miteinander reden, es ist etwas für den Matchbesucher, der dort mehr Komfort hat. Man kann sagen, ja gut, wenn man Mehrwegbecher hätte, müsste man nicht so einen Schlabberbecher herumdrücken, aber es ist etwas für den Matchbesucher. Es ist ein einfacher Mehrwert für den Besucher.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Regula Käser. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Sigi Sommer?*

SP-Fraktion, Sigi Sommer: *Dürfte ich einen Antrag machen? Dürfte ich den Antrag stellen, dass man die Kosten halbieren würde? Dass man nur 9'000 Franken streicht statt alles.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Also das wäre ein Gegenantrag zum GRPK-Antrag. Ja, das können wir machen. Also, wir haben somit zwei Anträge zum Budget vorliegen. Das heisst, wir haben den einen von der GRPK vorliegen, der will 18'000 Franken streichen. Dann haben wir noch den von der SP, der will nur 9'000 Franken streichen. Dann fragen wir zuerst, wer für welchen ist. Alle, die für den GRPK-Antrag sind, also, wenn ihr 18'000 Franken streichen wollt, solltet ihr das mit Aufstehen bezeugen. Alle, die für den SP-Antrag sind, dass man nur 9000 Franken streichen soll, sollen das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen. Gibt es Enthaltungen? Alle, die dem SP-Änderungsantrag zugestimmt haben, sollen bitte noch einmal aufstehen. Also, es ist scheinbar noch nicht allen bekannt, wie man das hier macht. Wir stimmen zuerst einmal darüber ab, welchen Änderungsantrag wir vorziehen und stimmen dann nochmals darüber ab, ob wir den annehmen wollen. Das heisst, dass jeder hier bitte nur einmal aufsteht. Dankeschön. Also, wenn man jetzt dem GRPK-Antrag zustimmen will, minus 18'000, bitte aufstehen. Und jetzt, wer dem SP-Antrag zustimmen möchte. Also, der GRPK-Antrag übertrifft den SP-Antrag. Das heisst,*

der GRPK-Antrag bekommt 21 Stimmen über den SP-Antrag 11. Das gibt dann 32 Leute. Stimmt in diesem Fall. Somit würden wir darüber abstimmen, ob wir den, der jetzt gewonnen hat, also das ist der GRPK-Antrag, minus 18'000 Franken, annehmen wollen. Scheinbar ist noch jemand auf dem WC, hat mich jetzt gerade mein Ratsleitungskollege informiert. Also wir stimmen trotzdem ab, der hatte halt Pech, oder die. Also, wer dem Abänderungsantrag der GRPK -18000 zustimmen möchte, soll bitte aufstehen. Und wer den GRPK-Antrag ablehnen möchte, bitte jetzt aufstehen. Und wer sich enthalten möchte, bitte jetzt aufstehen. Vielen Dank. Also wir konnten scheinbar noch nicht ganz ein genaues Resultat erzielen, aber er ist grossmehrheitlich angenommen und wir leben jetzt mit dem. Dankeschön. Somit haben wir alle Änderungsanträge.

Steuerfussdebatte

Ratspräsident, Reto Schindler: *Dann kommen wir zur Steuerfussdebatte. Ich hoffe, es wird auch so lustig. Im Vorfeld sind keine Anträge zum Steuerfuss eingereicht worden. Wir kommen zum Ablauf. Worterteilung an den Präsidenten der GRPK, Peter Nabholz, FDP. Wortmeldung an weitere GRPK-Mitglieder. Wortmeldung an den Stadtrat. Wortmeldung an die Ratsmitglieder. Peter Nabholz als GRPK-Präsident, ich bitte dich ans Rednerpult.*

Präsident Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Peter Nabholz (FDP): *Werte alle, Im Budget 2026 werden die finanzpolitischen Ziele nur teilweise erreicht. Einlagen in die finanzpolitischen Reserven sind noch knapp möglich und notwendig. Die Verschuldung steigt in der aktuell berechneten Finanzplanungsperiode über die nächsten vier Jahre an und liegt am Ende der Periode, wie von meinen Kollegen vorher schon erwähnt, mutmasslich ausserhalb vom definierten Zielbereich von -1'500 Franken pro Einwohner. Ausgangslage beim letztjährigen Budget. Das letztjährige Budget 2025 ist vom Stadtrat und Gemeinderat mit folgenden Anträgen unterbreitet worden. Senkung des Steuerfusses von 103 auf 98%. Die Verbuchung des Ertragsüberschusses von 931'000 Franken ungerade zugunsten des Eigenkapital. Die Einschätzung der Lage des Stadtrats im letzten Jahr. Der Stadtrat hat damals argumentiert: "Um gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Erholung zu schaffen, muss mittelfristig entweder der Steuerfuss wieder nach oben korrigiert werden oder die Ausgaben und Investitionen reduziert werden. Auch eine Einlage in die finanzpolitische Reserve dürfte in Zukunft deutlich schwieriger werden." Auch aufgrund von der Argumentation hat schlussendlich eine Mehrheit vom Gemeinderat den Steuerfuss auf 100 Prozent gesenkt. Die Meinung vom Stadtrat heute. Mit einer Steuerbelastung von 100% liegt Stadt Kloten klar unter dem Durchschnittswert vom Jahr 2025 von der Vergleichsgemeinde von durchschnittlich 109%. Das Ziel wird damit erreicht. Trotz allem verfehlt das Nettovermögen am Ende der Planung in vier Jahren den unteren Grenzwert und damit wird das Ziel verfehlt. Der Stadtrat beantragt für das Budget 26 am Gemeinderat heute den Steuerfuss auf 100% vom einfachen Gemeindesteuerertrag festzusetzen. Damit ist der mittel- und langfristige Rechnungsausgleich und auch die finanzpolitische Reservebildung für unsichere Zeiten gewährleistet. Meine Damen und Herren, wir benötigen Planungssicherheit. Einerseits für unsere Bevölkerung, andererseits auch für unser Gewerbe. GRPK folgt diesmal der Empfehlung des Stadtrats einstimmig und beantragt dem Gemeinderat den Steuerfuss auf 100% festzusetzen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.*

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Peter Nabholz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es*

Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Auch nicht. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Auch nicht. Kommen wir zur Bereinigung des Steuerfusses. Gibt es trotzdem noch Anträge zum Steuerfuss, die noch nicht bekannt sind? Ist auch nicht so. Dann kommen wir zur Schlussabstimmung über die Festsetzung des Steuerfusses 2026. Der Steuerfuss wird auf 100% festgesetzt. Wer dafür ist, soll das mit Aufstehen bezeugen. Ich stelle Einstimmigkeit fest. Dann kommen wir zum Rückkommen. Es ist jetzt über alle gestellten Anträge befunden worden. Wird von irgendjemandem ein Rückkommen verlangt. Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Schlussabstimmung des Budgets 2026. Gestützt auf den Antrag vom Stadtrat 295-2025 vom 30. September 2025 auf Artikel 19 Absatz 1 litt. a und b der Gemeindeordnung, dem Antrag der GRPK und Diskussion im Rat beschliesst der Gemeinderat, das Budget der Stadt Kloten für das Jahr 2026 bestehend aus Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung mit den in der Einzelberatung beschlossenen Änderungen zu genehmigen. Wer dem so zustimmen kann, bitte aufstehen. Ich stelle erneut Einstimmigkeit fest. Dankeschön. Also wir haben somit in der Erfolgsrechnung einen Gesamtaufwand von 259'567'910Franken und einen Gesamtertrag von 259'886'682Franken. Das somit resultiert in einen Ertragsüberschuss von 318'000 Franken. In der Investitionsrechnung Ausgaben Verwaltungsvermögen von 50'808'796 Franken und Einnahmen Verwaltungsvermögen von 129'276 Franken. Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen von 50'679'520 Franken. Ausgaben im Finanzvermögen von 910'000 Fr. Das sind Nettoinvestitionen für die Finanzvermögen von 910'000 Franken. Jacqueline Tanner sagt noch, ohne gewähr und Fredi Streule von der Finanzverwaltung wird es dann auch noch überprüfen. Gut, dann haben wir die Budgetdebatte und Steuerfussdebatte abgeschlossen.

Schluss der Sitzung: 21:40 Uhr

Für die Richtigkeit:

Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Reto Schindler
Präsident

Florian Ruosch
1. Vizepräsident

Hansjürg Schmid
2. Vizepräsident